

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Refayants 18.

Telephone:  
Tagesredaktion:  
28293, 31469.  
Nachredaktion: 26797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich (16)

7. Jahrgang.

Sonntag, 20. März 1927.

Nr. 67.

## „An der Macht.“

Von Wilhelm Riefner.

Der deutschbürgerliche Aktivismus hat, um sich selber und die andern über seine vollständige Sterilität hinwegzutäuschen, neureuestens einen Glaubenssatz aufgestellt, dem er mit geradezu religiöser Inbrunst nachhängt, ein Glaubenssatz glänzend, schillernd wie eine Eisenblase, der aber leider auch die rasche Vergänglichkeit dieses Erzeugnisses spielender Feinde besitzt. Daran ändert die Tatsache nichts, daß vorher andere politische Gruppen gleichfalls dem holden Wahn huldigten, der in diesem Glaubenssatz enthalten und dem sie vielleicht auch heute noch trotz aller schmerzlichen Erfahrungen huldigen. Diese These lautet: **Teilnahme an der Regierung bedeutet Macht.** Die Folgerung daraus ist, daß jede Opposition zur absoluten Unfruchtbarkeit verdammt ist, und daß eine Partei nur dann etwas zu erreichen vermag, wenn sie „mit am Steuer ruder des Staates sitzt“. Diese Weisheit wird nun dem Publikum der aktivistischen Versammlungen in allen Tonarten und Variationen vorgelesen und über das unfruchtbare „Geschrei und Maulheldentum“ der Opposition gespottet, die aus purem Neid nicht zugeben will, wie erfolgreich ihre Klugweise in die Regierung geschlüpften aktivistischen Rivalen dort das Schicksal des Staates und ihres Volkes kneten.

Noch vor einem Jahre hatten die drei deutschbürgerlichen Parteien, die in der Regierungsmehrheit stehen, durchaus nicht dieselbe Auffassung, obwohl sie sich auch damals Aktivisten nannten. Aktivismus, das war ihnen wohl das Streben, positiven Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse im Staate zum Vorteile des deutschen Volkes zu gewinnen, keinesfalls aber glauben sie, wenn man alle ihre damaligen Enunziationen nicht für pure Heuchelei halten will, daß der bloße mechanische Beitritt zu einer parlamentarischen Mehrheit schon genüge, um diese Vorteile zu sichern. Es sei hier ganz abgesehen davon, daß die Teilnahme von Deutschen an der Regierung als einen Akt des Entgegenkommens an den Staat ansehe, dessen Ansehen und Festigkeit dadurch eine wesentliche Steigerung erfahren würde und der sich dafür durch Gutmachung des am deutschen Volke verübten Unrechtes revanchieren müsse; zumindest erkannten sie, daß gewisse Voraussetzungen und die notwendige Gewähr vorhanden sein müßten, um das Experiment des Eintritts in eine Koalition mit tschechischen Parteien nicht von vornherein in bezug auf das nationale Problem zum Scheitern zu verurteilen. Daß nicht jede Art von internationaler Koalition diese Gewähr bietet, darüber waren sich auch die Aktivisten klar, bis zu dem Zeitpunkt, da sich die Lockung, Ministerstühle, Präsidenz und materielle Vorteile für ihre bürgerlichen Wählerkreise zu erlangen, stärker erwies, als die Rücksicht auf das nationalpolitische Volksinteresse. Man muß bei einer Regierungs-koalition nicht immer an eine vollkommen gleichgestimmte Gemeinschaft denken, aber sollen einzelne in ihr vertretene Parteien nicht zu einem hoffnungslosen Skludrum verdammt sein, dann muß diese Koalition wenigstens die eine Grundlage haben: ein Programm und den ehrlichen Willen aller Vertragsteile, das Programm loyal zur Durchführung zu bringen. Und noch eines muß gegeben sein, das ist das Interesse aller in der Koalition Zusammengekommenen, keinen der Verbündeten zu verbittern, ihn dadurch, daß man ihn zwingt, vor Latendienstleistungen für die andern zu leisten, vor der Wählerschaft zu diskreditieren und ihm das Verweilen in der Koalition entweder unmöglich zu machen, oder ihn unter Ausnutzung der Abhängigkeit dahin zu bringen, selbstlos und ehrlos wegzuschleichen. Von alledem ist keine Spur vorhanden. Die tschechische Bourgeoisie läßt sich die Hilfsdienste der Deutschbürgerlichen gerne gefallen, aber sie ist nicht geneigt, ihren Hilfsstruppen durch Aenderung des Systems oder auch nur durch Opferung eines Titels ihrer nationalen Machtansprüche sich dankbar zu erweisen. Wenn Herr Marx-Barting heute — früher hat er anders gesprochen — sagt, ihm

## Gefährliche Spannung auf dem Balkan.

Mussolini sucht einen Vorwand zur Truppenlandung in Albanien.  
Angebliche Angriffsabsichten Jugoslawiens.

London, 19. März (Reuter). Nach einer Meldung der „Times“ hat die italienische Regierung an anderen Regierungen mitgeteilt, daß nach ihr zugekommenen Informationen auf jugoslawischem Gebiete Vorbereitungen in großem Maßstabe zu einem Einfall nach Albanien getroffen werden, der die Befestigung der gegenwärtigen Regierung in Tirana bezweckt. Italien habe erst vor kurzem mit der Regierung des Präsidenten der albanischen Republik Ahmed Bey Zogu den Vertrag von Tirana abgeschlossen und es sei eine Selbstverständlichkeit, daß die italienische Regierung gegenüber dem Schicksal dieser Regierung nicht gleichgültig bleiben könne.

Paris, 19. März. (Eigenbericht.) Die Spannung zwischen Italien und Südslawien wird hier als außerordentlich alarmierend angesehen. Man hat den Eindruck, daß die italienische Regierung lediglich nach einem Vorwand suche, um ihre seit langer Zeit bestehenden Absichten Albanien militärisch zu besetzen und so auf dem Balkan Fuß zu fassen, in die Tat umzusetzen, und daß sie sich eifrig bestrebe, durch ihre Agitation in Tirana einen Vorwand künstlich zu provozieren.

In den von italienischer wie von jugoslawi-

scher Seite lancierten alarmierenden Nachrichten über militärische Vorbereitungen und Rüstungen der Gegenseite sieht man hier lediglich den Versuch, das eigene Ziel zu verschleiern und den Gegner im voraus nicht nur für die Verschärfung der Situation, sondern vor allem auch für die Eventualität eines bewaffneten Konfliktes verantwortlich zu machen.

### Italienische Tendenzmeldungen.

Belgrad, 19. März. (Nvala.) Zu den angeblichen Rüstungen Jugoslawiens gegen Italien schreibt „Giornale d'Italia“, hinter den Intricken Jugoslawiens stehe stets Frankreich. Durch Frankreichs Vermittlung würden jetzt in belgischen Waffenfabriken Maschinengewehre für Jugoslawien hergestellt.

Dasselbe Blatt meldet aus Belgrad, daß der jugoslawische Generalstab mit der Durchführung eines umfangreichen Planes beschäftigt ist, den man als Mobilisierung mit außerordentlichen Vorbereitungen bezeichnen kann. Im Arsenal von Rogozwad und in den staatlichen Pulverfabriken werde intensiv gearbeitet.

Die offizielle Telegraphen-Agentur „Nvala“ erklärt den Inhalt des „Giornale d'Italia“ über angebliche militärische Vorbereitungen in Jugoslawien für in jeder Beziehung erfunden.

genüge die Tatsache, daß dieser Staat von einer Regierung regiert werde, in der Deutsche, Tschechen und Slowaken sind, so spricht das von einer diesem Herrn ionst gar nicht eigenen ungläublichen Bescheidenheit, aber auch von einer völligen Verkennung der Tatsachen. Wie wenig die Deutschbürgerlichen „mitregieren“, darüber Klarheit zu gewinnen, braucht man nur die Rede nachzulesen, die der christlichsoziale Senator Dr. Medinger jüngst in Bremen gehalten hat, in der er zugab, daß durch die Zuziehung der Deutschen zur Regierung wohl die nationalpolitische tschechische Fassade des Staates verändert würde, ohne daß innerlich ein Erfolg zu verzeichnen wäre. Aus Rücksicht auf seine Partei fügt er seiner pessimistischen Rückschau wohl das Wort „vorläufig“ hinzu, aber es bedarf keiner besonderen Prophetengabe, um auch „nachläufig“ dem Experiment der Aktivisten keine erfreuliche Zukunft vorauszusagen.

Es ist grundsätzlich, zu behaupten, daß eine Opposition unter allen Umständen zur Ohnmacht verurteilt ist, ebenso wie es töricht und infam ist, wenn die Aktivisten ihren armjeligen Spott an dem „unfruchtbaren oppositionellen Geschrei“ üben. Nicht minder falsch ist es, den Besitz einiger Ministerstühle unter allen Umständen und zu allen Zeiten als eine Machtposition anzusehen. Die Deutschbürgerlichen können, ehe sie es sich versehen, sehr leicht wieder dahin gelangen, an dem „Geschrei“ der Opposition teilzunehmen. Und was die Frage betrifft, ob Regierungsteilnahme oder Opposition erfolgversprechender ist, so schafft darüber die neueste Glaubenslehre des Aktivismus, nach allen Erfahrungen, gewiß kein unumstößliches Axiom. Aus vielen Beispielen nur einige. Die Sozialdemokratie hatte keine Vertreter in der Regierung, und nicht einmal Abgeordnete, sie mußte, nur gestützt auf die Kraft und Geschlossenheit der Arbeiterklasse, von außen auf das Parlament einwirken, und doch gelang es ihr, in die Positionen des Privilegienschutzes Breche zu schlagen, später, obwohl sie nur über wenige Parlamentsstimme verfügte, sogar das allgemeine Wahlrecht zu erobern. Wodurch stützte seine Regierung auf eine zahlenmäßig sehr namhafte Mehrheit, dennoch würde er von der Opposition gestürzt. Die vorläufige Zurückziehung der Verwaltungsreform ist auch weniger Verdienst einer in der Regierung stehenden Partei, als ein unleugbarer Erfolg des „Geschreies“ der Opposition. Daß eine Opposition wesentlichen Einfluß besitzen kann,

das für hat auch unsere österreichische Bruderpartei hinreichend Beweise geliefert, sicher mehr Einfluß, als wenn sie in der gegenwärtigen Lage versucht hätte, in einer Regierung im Bunde mit einer bürgerlichen Partei für die arbeitende Klasse Erfolge zu erringen. Das mag vielleicht nicht zu allen Zeiten richtig sein, sicher ist jedoch, daß weder eine Opposition dauernd ohnmächtig sein muß, noch daß der Eintritt in eine Regierung immer schon die Erringung von Macht und Einfluß bedeutet. Das Gerede von der „besseren Atmosphäre“, welche der Regierungseintritt der Aktivisten geschwollen haben soll, kann nicht darüber täuschen, daß sich nichts geändert hat, und daß die Hoffnung, die tschechisch-deutsche Bürgerregierung könne jemals ein Instrument zur Lösung des nationalen Problems des Staates werden, eine trügerische ist.

Zusammenarbeit der Nationen an der Gestaltung der Geschichte des Staates und seiner Bürger: sicher ein demokratisches Ideal, aber unter den heutigen Umständen ein leeres. Der deutschbürgerliche Aktivismus hat dieses Ideal zu einer Groteske, einer lächerlich-widerlichen Karikatur gemacht. Die Form allein tut es nicht, sie muß auch Inhalt haben. Diesen Inhalt ihr zu geben, dazu neigen die tschechisch-bürgerlichen Machthaber nicht im geringsten. Sie brauchen nicht an die unbedingte Notwendigkeit zu glauben, mit den Deutschbürgerlichen zusammenzugehen zu müssen, und wenn erst einmal ihre reaktionären und antisozialen Wünsche erfüllt sein werden, werden sie dies um so weniger tun müssen, denn das Gedränge um die Ministerstühle ist groß. Um als „Gleiche unter Gleichen“ zu gelten, müßten die Deutschbürgerlichen etwas geben können, das ihren tschechischen Kontrahenten begehrt genug erscheint, oder sie müßten sich auf eine Macht stützen, die es den Machthabern rätlich erscheinen ließe, ihr Rechnung zu tragen. Begehrlich ist der tschechisch-nationale Bourgeoisie heute nur die Stumpfsheit, Feigheit und Feilschheit, mit der die Regierungsteilnahme ihr dienen und deren Mitwirkung an der Durchführung der selbsttätigen Wünsche ihrer Klasse. Der tschechischen Bourgeoisie war die Koalition mit den Deutschbürgerlichen nie etwas anderes, als die Zusammenballung der Kräfte der Reaktion. Auf diesem Boden darf sich der deutsche Aktivismus nach Herzenslust ausleben, sein eingebildeter Glaube aber, Macht gewonnen zu haben, die er zur Erhaltung der nationalen Rechte des deutschen Volkes verwenden kann, ist eitel Schall und Rauch.

## Trau - schau - wem?

Unter diesem Titel hat Herr Professor Theodor Wollschad, der sich jetzt von den Nationalsozialisten ins Schaufenster des Antimarkismus stellen läßt, einmal eine Broschüre geschrieben, die alles das zu beweisen sucht, was er jetzt greifenboshaft belächelt. Die Wähler sollten sich, das war der Sinn dieser Broschüre, alle die Leute, die im Gewande der christlichen oder nationalen Gemeinschaft zu ihnen kamen, sehr genau anschauen. Der Herr Professor kann es den deutschen Arbeitern nicht übel nehmen, wenn sie jene Lehre, die er ihnen als Schriftsteller T. W. Zeifen gab, auch auf den nationalsozialistischen Abgeordneten Wollschad anwenden.

Trau - schau - wem? Das gilt auch gegenüber dem jahrzehntelang in der sozialdemokratischen Partei stehenden, für sie schreibenden und redenden und von ihr wiederholt als Wahlwerber aufgestellten Herrn Professor, der an seinem Lebensabend plötzlich — durch einen zionistischen Juden (1) über das wahre Wesen der Juden aufgeklärt worden sein will! Diese plötzliche „Sinnesänderung“ können, so sagt Wollschad in seinem neuesten Seelenzeugnis, Sozialdemokraten nicht fassen, ihnen fehlt „das im tiefsten Herzen verantwortete deutsche nationale Gefühl“. Vereidung, Herr Professor! Nicht um's „Nicht-fassen-lönnen“ handelt es sich, sondern die sozialdemokratischen Arbeiter glauben dem nationalsozialistischen Paraderenegaten die Befehrung nicht! Sie glauben ihm nicht, daß sein Sprung aus der Sozialdemokratie zu den Nationalsozialisten irgend etwas mit „Erkenntnis“ zu tun hat, sie sind eher der Meinung, daß die „Befehrung“ Wollschads tiefere Zusammenhänge damit hat, daß er im Jahre 1920 nicht mehr kandidiert wurde, daß er sich an der Partei, die ihn nicht an jenen Platz stellte, für den er sich berufen hielt, „rächen“ wollte. Er ging — so glauben es die naiven deutschen Arbeiter, die für die wandlungsfähige Seele des Herrn Wollschad wenig Verständnis haben — zu den Nationalsozialisten, weil bei ihnen endlich das Ziel seines jahrzehntelangen Ehrgeizes, Abgeordneter zu werden, erfüllt wurde. Sollte dieser Glaube der deutschen Arbeiter wirklich nur darauf zurückzuführen sein, daß, wie Herr T. W. Zeifen in seiner Broschüre schreibt, Menschen, die verschiedenen Gesellschaftsklassen angehören, wie zum Beispiel der Großgrundbesitzer und sein Knecht, ein Bischof und ein Fabrikarbeiter, einander gar nicht verstehen, wenn auch beide deutsch sprechen? Oder sollte diese Annahme der deutschen Arbeiter nicht eher daherkommen, daß sie Herrn Wollschad nach seiner Lehre: Trau - schau - wem! beurteilen?

Jahrzehntelang hat Wollschad der sozialistischen Partei angehört, er hat ihre Lehren des Internationalismus in Wort und Schrift verstanden, er hat gegen den Antisemitismus geschrieben — und durch ein Gespräch mit einem Zionisten, also mit einem nationalen Juden, dem er jetzt gesinnungsverwandt ist, denn aller Chauvinismus ist des gleichen Geistes Kind, — von einem Zionisten (!) will er so plötzlich über das Wesen des Judentums aufgeklärt worden sein, daß ihm als altem Mann die Schuppen von den Augen fielen! Der Jüdischnationale soll ihm gesagt haben: „Wir Juden nehmen an Eurer Geschichte keinen inneren Anteil.“ und: „So denkt das ganze jüdische Volk!“ Und weil's dieser Jude gesagt hat, hat es der glaubensbereite Wollschad geglaubt, ließ er die Schuppen von seinen Augen fallen, trat zu den bisher belächelten Nationalsozialisten über und — ließ sich von ihnen ein Mandat geben. Welche Wandlung durch Gottes Fügung! Befehrung nach einem Leben der Irrungen im letzten Augenblicke! Solch ein Wunder geschieht nur selten, einem Wissenschaftler wohl kaum noch einmal irgendwo in der Welt. Welches Glück für das deutsche Volk daß nicht andere Menschen bereit sind, es so schnell nach diesem einen Wollschad zu beurteilen, wie Wollschad alle Juden nach der Behauptung dieses einen mystischen Juden!

Von den nationalen Juden, von dem, die nichts anderes sein wollen als Juden, kann aber Wollschad billigerweise doch nicht verlangen, daß sie inneren Anteil am Geschick des deutschen Volkes nehmen sollen. Sie sind doch von den neuen Freunden Wollschads oft genug als „Fremdkörper“ bezeichnet worden, — und Herr Wollschad wird ja, seit er zum Salzkreuz gekrochen ist, auch keinen inneren Anteil am Geschick eines anderen Volkes nehmen. Von den sozialdemokratischen Juden aber weiß Herr Wollschad, daß die Behauptung seines zionistischen Freundes nicht

gründlich. Seit Wollschad Salenkreuzritter ist, steht er doch die sozialdemokratische Partei als jüdisches Machtwort an, sieht er doch in der jüdischen Führung der Sozialdemokratie ein fürchterliches Verbrechen — oder tut doch wenigstens, als wenn er alles das so sehen würde. (Er hat sich wohl eine auf seine Person zugeschnittene Philosophie des „Als-Ob“ zusammengeschrieben.) Und doch haben sie seinem Herzen jetzt so viel näher stehenden, weil „jüdenreinen“ Christlichsozialen, Landbändler und Gewerbetreibenden, die nach Wollschads eigener Behauptung seit acht Jahren das süddeutsche Volk auf das härteste bedrängen, verbündet (Wollschad war mit ihnen noch in einer parlamentarischen Gemeinschaft, nachdem sie schon die Pässe und Steuererhöhungen beschlossen hatten!), und doch sind diese deutschen Parteien bereit, das süddeutsche Volk unter das Joch der spezialischen Verwaltungsreform zu treiben! Und die „Verjudeten“ Sozialdemokraten, die „am Geschick des deutschen Volkes keinen inneren Anteil“ nehmen, stehen in der vordersten Kampffront gegen diese Verwaltungsreform! Stimmt da Wollschads neue Theorie nicht oder ist da wieder eine besondere jüdische Tücke am Werk, oder sollte sich T. W. Teifens Lehre, daß sich zwar ein deutscher Bischof und ein deutscher Fabrikarbeiter nicht verstehen können, wohl aber ein deutscher und ein tschechischer Graf, auch anwenden lassen auf deutsche und tschechische Aristokratie?

Ja, aber die Rassenlehre! Wollschad hat sich erst nach der Unterredung mit dem Zionisten mit ihr beschäftigt, sich aber, wie er sagt, früher nie mit den Juden befaßt. Da ist es nun höchste Zeit, daß er den sozialdemokratischen Schriftsteller T. W. Teifen gründlich belehrt und zurechtweist, der im Jahre 1906 in seinem Buche „Die Besitzenden und die Besitzlosen in Oesterreich“ ohne sich mit den Juden befaßt zu haben, schrieb: „Der (unter den Deutschen) noch immer weit verbreitete Haß gegen die Juden dürfte außer anderen Gründen auch aus ihrer noch in tiefer Seele sitzenden Abneigung gegen das Schachern und den persönlichen Gelderwerb seine Nahrung erhalten; freilich nur infolge der Unkenntnis des ursächlichen Zusammenhanges. Die Juden waren einst gerade so ein Bauernvolk wie die Deutschen und wurden durch Entrechtung gezwungen, nur Handel zu treiben. Der Kapitalismus macht schließlich alle Menschen geldgierig.“ Auch die Salenkreuzler. Weshalb sie ihre österreichische Filiale in so engen Zusammenhang mit einer jüdischen Versicherungsgesellschaft brachten. So gründlich hat der Kapitalismus die tief in der Seele des Deutschen sitzende Abneigung gegen das Schachern ausgemergelt!

Und so gründlich hat der Haß gegen die Partei, in der er trotz jahrzehntelanger Zugehörigkeit nicht jene Karriere machen konnte wie bei den Salenkreuzlern in ein paar Jahren, die Professorenschule Wollschads gewandelt, daß er nicht davor zurückschreckt, dem toten Viktor Adler nie gesprochene Worte gegen Austerlich in den Mund zu legen! Adler, der große Menschenkenner, hätte einen Wollschad zu seinem Vertrauten gemacht! Adler hätte sich dem Wollschad gegenüber abfällig über Austerlich geäußert (daß Austerlich über den Kommissar hinauskomme)! Adler, der schon wenige Tage nach der Umwandlung der „Arbeiter-Zeitung“ in ein Tagblatt an Friedrich Engels schrieb: „Austerlich ist eine Arbeitskraft allerersten Ranges, zieht wie ein Roß und versteht sofort, was man will!“ Nein, Herr Wollschad, Ihr Bild wird nicht sympatisch, wenn Ihr

Mund sich öffnet, um solche — Aussprüche von sich zu geben. Und ihre „innere Wandlung“ wird dadurch nicht glaubwürdiger.  
Wie glaubwürdig, wenn Wollschad jetzt schreibt: „... der Klassenhaß muß ersticken, und der Nationalstolz gewendet werden.“ Wenn man weiß, daß er unter dem Namen Teifen den Klassenkampf gepredigt, also an dem, wie er jetzt sagt, betrügerischen Tun und Lassen der Sozialdemokraten aktivsten Anteil nahm, daß er die Lehre verkündete, daß die Arbeit nur beseitigt werden könne durch Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit und im Vorworte zu seinem Buche „Die Besitzenden und die Besitzlosen in Oesterreich“ stolz den Vorwurf, Klassenhaß zu predigen, mit den Worten zurückwies: „Ich mache kein Hehl daraus, daß ich das bestehende Wirtschaftssystem als den Grund des Volkselends halte und ich habe das Bewußtsein, daß dieser Haß nichts Unsitliches ist.“ — „Mit dem Vorwurf, Klassenhaß zu predigen, sucht man zu verleumdigen“. Vielleicht erinnert sich Wollschad noch gelegentlich dieser seiner Worte, wenn er den Sozialdemokraten vorwirft, daß sie den Klassenhaß schüren? Denn so als, daß er das Gedächtnis verloren hätte, ist er doch noch nicht. Vielleicht gibt es auch im Leben eines abge-

härteten Ehrgeizlings Augenblicke, da er nicht nur über die Judenfrage, sondern über sich selber nachdenkt, — vielleicht untersucht er selber einmal die tieferen Ursachen, warum er seiner ganzen Vergangenheit und damit sich selber; vielleicht wird ihm in solchen Augenblicken klar, was aus dem Kämpfer von einst geworden ist: ein Mittel für nationalsozialistische Zwecke, denn wenn er nur ein wenig in den Augen der Menschen zu lesen versteht, nicht nur auf die Worte, sondern auch auf den Ton zu achten vermag, und nicht von dem einen Menschen, der er selber ist, auf alle anderen schließen will, nicht alle nach sich zu beurteilen naiv genug ist, — vielleicht wird ihm dann klar, daß auch das Bürgertum, das seine „Belehrung“ bejubelt hat, im Grunde so über ihn denkt wie seine einstigen sozialdemokratischen Parteigenossen — und wenn er in einem solchen Augenblick der Selbsterkenntnis sich fragt, ob denn das Sinn und Zweck seines Lebens war, in einem Meer der Verachtung zu versinken, — dann wird er erst erkennen, welcher Prophet er als Schriftsteller T. W. Teifen war, dann wird er die fürchterliche Wahrheit seiner eigenen Worte erkennen: Trau — schau — wem!

## Streik und Arbeiterurlaub.

Ein Professor der deutschen Universität in Prag auf dem Kriegspfad gegen die Arbeiter!

Von Abg. Franz Kaufmann.

In der „Juristenzeitung“, Nr. 1, 2 und 3, vom 1. bis 15. Jänner sowie 1. Jänner 1927, befindet sich ein Artikel mit obiger Ueberschrift aus der Feder des Professors Egon Weiß, welcher sich mit dem Gesetz über den Arbeiterurlaub befaßt. Es ist nicht verwunderlich, wenn sich die Lehre von Ruf an der Auslegung eines sozialpolitischen Gesetzes versuchen, doch kann der Artikel nicht unanwesend bleiben, weil er sich mit der Wirkung des Streikes auf den Urlaub befaßt und eine Entscheidung des Obersten Gerichtes einer Kritik unterzieht. Die Absichten, die mit diesem Artikel verfolgt werden sind sehr durchsichtig.

Es handelt sich da um folgendes: Das Oberste Gericht in Brunn hat im Jahre 1926 im Zuge einer Revision die Entscheidung gefällt, daß einem streikenden Arbeiter, der nach dem Streik wieder in den Betrieb eintrat, und jene Zeit, die bis zum 1. Mai fehlte, nachgearbeitet hatte, der Urlaub gebührt, wenn auch der Streik länger gedauert hat als sechs Wochen. Bei dem in Frage stehenden Fall fehlten bei Ausbruch des Streikes auf das Urlaubsjahr bis zum 1. Mai 1925 noch 17 Tage. Auf Grund dieser Entscheidung hat das Kreisgericht in Leitmeritz, dessen Entscheidung das Oberste Gericht aufgehoben hatte, dem Arbeiter den Urlaub für das Urlaubsjahr 1924—25 zugesprochen. Dieses Urteil hat, wie vorauszusetzen war, bei den Unternehmern eine ziemliche Enttäuschung ausgelöst, hoffen sie doch, durch die erwartete Entscheidung des Obersten Gerichtes jeden streikenden Arbeiter, gleichgültig, wie lange ein Streik dauert und aus welchen Ursachen er entstanden ist, seines Urlaubes verlustig erklären zu können. Dies ist durch die Auslegung des Urlaubsgesetzes durch das Oberste Gericht unmöglich geworden.

Die Unternehmer versuchen nun allem Anscheine nach ihren Standpunkt zu einem ganz bestimmten Zweck wissenschaftlich zu begründen. Bemerkenswert ist, daß es für die Beurteilung der ganzen Sache sehr wichtig ist, daß

die Unternehmer gegen die letzte Entscheidung des Kreisgerichtes Leitmeritz, welches auf Grund der Weisungen des Obersten Gerichtes entschied, nun neuerlich die Revision an das Oberste Gericht eingebracht haben, um eine Aufhebung des zweiten Urteiles von Leitmeritz zu erreichen. In dieser Revisionschrift legen sie ihren Standpunkt, wie sie das Urlaubsgesetz auffassen, dar. Dagegen wäre ja an und für sich nichts einzuwenden, wenn sie nicht — und das ist das Interessante an der Sache — bereits Teile des Auftrages des Professors Egon Weiß in der Revisionschrift zitiert hätten, trotzdem bei deren Uebersetzung bei Gericht diese Teile des Artikels noch gar nicht erschienen waren. Ob nun der Artikelschreiber den Unternehmensvertretern das Manuskript vor Drucklegung zur Korrektur vorgelegt oder das Unwahrscheinliche vollzogen, daß beide, Artikelschreiber und Unternehmensvertreter, wörtlich dieselben Gedanken hatten, wissen wir nicht. Es ist jedoch sehr bezeichnend, wenn eine Eingabe an das Gericht Auszüge aus dem Artikel einer Zeitschrift bringt, die erst einige Tage später erscheint.

Zu bemerken wäre außerdem noch, daß der Artikelschreiber als Professor an der deutschen Universität in Prag lehrte. Professor Weiß gehört aber auch der Studentenkommision an, welche das allgemeine bürgerliche Recht, der neuen Zeit entsprechend, abändern und neue Vorschläge für das Gesetz erstarben soll.

Der Artikel versucht die einzelnen Paragraphen des Urlaubsgesetzes auszulegen und sie mit den einzelnen Bestimmungen des Arbeitsvertrages in Verbindung zu bringen. So wird auch der Streik mit den Auswirkungen des Urlaubsgesetzes in Verbindung gebracht. Der Streik selbst wird in dem Artikel folgendermaßen klassifiziert:

„Zunächst ist darauf zu verweisen, daß unser Recht für den Streik keine besondere Regelung trifft. Ohne späteren Erwägungen vorzugreifen, darf hier dennoch gesagt werden, daß darin bereits liegt, daß der Streik einfach als eine Verweigerung

der Arbeit durch den Arbeitnehmer zu werten ist. Jede Sonderbehandlung ist ausgeschlossen.“

Der Artikelschreiber gibt dann aber einige Zeilen weiter selbst zu:

„Es kann unter diesen Umständen dahin gestellt bleiben, ob der Streik wegen seines kollektiven Charakters eine besondere Behandlung verdienen würde. Wesentlich ist, daß er im Gesetz nicht geregelt ist und daß daher, da die Auslegung zweifellos zu einem Ergebnis gelangen muß, es das einzige Richtige, ja das einzige Mögliche ist, ihn die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes Anwendung finden zu lassen.“

Professor Weiß kommt aus diesen Erwägungen zu dem sehr einfachen Schluß, daß das Urlaubsgesetz auf den streikenden Arbeiter nicht angewendet werden kann, daß also ein streikender Arbeiter, auch wenn er wieder in den Betrieb eintritt, seinen Anspruch auf den Urlaub verliert. Zur Begründung dieser Schlußfolgerung wird angeführt, daß zum Anspruch auf den Urlaub die Arbeitszeit laut Paragraph 7 des Urlaubsgesetzes nicht nur „ständig“, sondern auch „gehörig“ eingehalten werden muß. „Gehörig“ sei die Arbeitszeit von einem streikenden Arbeiter deshalb nicht eingehalten worden, weil das Wort „gehörig“ hiebei wie „zufriedenstellend“ zu bedeuten habe. Also nicht nur ständig, sondern auch zufriedenstellend müsse der Arbeiter gearbeitet haben, der auf Urlaub Anspruch erhebt. Professor Weiß kommt zu dem Schluß, daß dies beim Streik nicht der Fall sei und führt darüber wörtlich aus:

„Bedeutend ist indes der Fall, wenn es zu einem Streik kommt, der, wie schon bemerkt, von unserm Recht auf das schärfste mißbilligt wird, der aber außerdem den Arbeitgeber wirtschaftlich auf das schwerste schädigt, indem er seine Verfügungen, insbesondere seine Abmachungen mit Dritten, Abnehmern, umstürzt, denn der Umzug des bereitgestellten Arbeitsmaterials, das doch auch während des Streikes zu verginsen ist, verhindert, usw.“

Da der Standpunkt des Artikelschreibers aber angefochten werden könnte, wird er noch folgendermaßen begründet:

„Die Niederlegung der Arbeit erfolgt nämlich im Streik in der Weise, daß der Dienstvertrag nicht ordentlich aufgelöst wird. Ordentlich aufgelöst, das heißt, unter Einhaltung der Form der Kündigung und Einhaltung der Kündigungsfrist.“

Einige Zeilen tiefer wird angegeben, daß heute bereits in den meisten Betrieben Kündigungsansprüche besteht. Aber dessen ungeachtet kommt Professor Weiß auf den alten Standpunkt, daß der Streik eine Arbeitsverweigerung nach Paragraph 8 ff der G.-O. darstelle. Zum Beweis dessen wird eine Plenarentscheidung des Obersten Gerichtes in Brunn vom 24. November 1925, präz. 544—25, angeführt, wo die Frage der Abdingbarkeit der Kollektivverträge behandelt wird.

Vor allem wollen wir feststellen, daß die angezogene Entscheidung mit der Frage des Streikes überhaupt nichts zu tun hat und in der sehr langen Entscheidung kein einziger Hinweis auf den Streik enthalten ist. Der Beweis mit dieser Entscheidung ist also mißglückt. Der Artikelschreiber scheint bei seinen Ausführungen zweierlei übersehen zu haben; einmal das Koalitionsrecht, welches die Grundlage für jeden Streik darstellt, und in zweiter Linie, das Gesetz über den Urlaub, das kein Schutzgesetz für den Unternehmer ist, sondern als sozialpolitisches Gesetz für den wirtschaftlich Schwächeren, also den Arbeiter, angesehen werden muß.

(Schluß folgt.)

## Die grinsende Frage.

Roman von Victor Hugo.

10 Aus dem Französischen übersetzt von Eva Schumann.

Wieder fragte sich der Patron: „Ist er ein Narr?“  
„Patron“, ließ sich der Doktor vertuschen, ohne den Blick von der Wolke zu wenden, „bist du schon oft im Armeekanal gefahren?“  
„Es ist heute das erste Mal“, antwortete der Patron.  
„Das ist schön. Ab, du kommst zum ersten Male in diese Gewässer.“  
„Zum ersten Male.“  
„Nun, dann also höre, Patron.“  
Dieses „höre“ sprach er so gebieterisch, daß der Patron die Hand an die Mütze legte.  
„Hör, Doktor, ich höre.“  
„Fahre nach Westen.“  
„Unmöglich.“  
„Wie du willst. Ich sag dir das wegen der anderen. Ich nehme an.“  
„Aber, Herr Doktor, nach Westen...“  
„Ja, Patron.“  
„Das ist gegen den Wind.“  
„Ja, Patron.“  
„Das gibt vielleicht einen zerbrochenen Mast.“  
„Vielleicht.“  
„Hör, wollt, ich soll nach Westen steuern?“  
„Ja.“  
„Ich kann nicht.“  
„Dann schlag dich mit dem Meer herum, so gut du kannst.“  
„Aber der Wind treibt uns nach Osten.“  
„Fahre nicht nach Osten.“  
„Dann nicht?“

„Patron, weißt du, wie für uns der Tod heute heißt?“  
„Rein.“  
„Der Tod heißt Osten.“  
„Ich werde nach Westen steuern.“  
Diesmal sah der Doktor den Patron an, mit einem Blick, als wolle er ihm einen Gedanken tief ins Hirn prägen. Er hatte sich ihm ganz zugewandt, und langsam, Silbe für Silbe, sagte er:  
„Wenn wir heute nacht mitten auf dem Meere den Ton einer Glocke hören, dann ist das Schiff verloren.“  
„Der Patron quakte ihn verblüfft an.  
„Was wollt Ihr damit sagen?“  
Der Doktor antwortete nicht. Er hatte wieder seinen abwesenden Blick; die erlauchte Frage des Patrons schien er gar nicht zu hören. Er lauschte nur noch auf das, was sein Inneres sprach. Seine Lippen murmelten mechanisch leise Worte:  
„Der Augenblick ist gekommen, wo die für-arzen Seelen sich reinwaschen.“  
Der Patron verzog das Gesicht zu jener ausdrucksvollen Miene, die Mund und Stirn bis zur Nase herausschiebt.  
„Er ist doch eher ein Narr als ein Weiser“, brummte er.  
Und er ging davon.  
Aber er steuerte nach Westen.  
Der Sturm und die Wogen schwellen an. Die blaue Wolke bedeckt jetzt den ganzen Horizont; das Meer hat jetzt eine bleibliche schmutzige Haut; der Schaum war wie Ausfluß. In diesem Augenblicke zündete die Barke — vom ausgefahrenen Rind noch aus der Ferne beobachtet — ihre Laternen an.  
Eine Viertelstunde verging.  
Der Patron suchte den Doktor mit den Augen; er war nicht mehr auf Deck. Gleich nachdem ihn der Patron verlassen hatte, war er in

die Kajüte gegangen. Dort setzte er sich neben den Ofen und zog aus seiner Tasche Schreibzeug und Brieftasche. Aus der Brieftasche nahm er ein vierfach gefaltetes, fleckiges, vergilbtes Pergament und begann beim Schein der Küchenlaterne auf die Rückseite des Pergaments zu schreiben. Die Stöße der Wogen waren ihm unbedeutend. Der Doktor schrieb lange.  
Während er schrieb, bemerkte er die Brauntweinfasche, die der Probengale jedesmal an den Mund setzte, wenn er ein Gewürz in den Suppentopf tat, als wolle er sie um Rat fragen. Der Doktor bemerkte diese Flasche nicht, weil es eine Brauntweinfasche war, sondern weil in der Korbumhüllung rot in weiß ein Name eingestochen war. Diesen Namen buchstabierte der Doktor mit halblauter Stimme.  
Bardquanonne.  
Dann wandte er sich an den Koch.  
„Die Flasche da war mir noch gar nicht aufgefallen. Hat sie Bardquanonne gehört?“  
„Unser armen Kameraden Bardquanonne!“ erwiderte der Koch. „Ja, wohl.“  
„Dem, der jetzt im Gefängnis sitzt?“  
„Es ist seine Flasche“, antwortete der Koch, „und er war mein Freund. Ich hab' sie zum Andenken an ihn behalten. Wann werden wir ihn wiedersehen? Ja, das ist seine Flasche.“  
Der Doktor griff wieder zur Feder und zog mit großer Sorgfalt seine etwas verschörkelten Schriftzeichen auf dem Pergament. Offenbar lag ihm daran, daß es leicht leserlich sei. Trotz dem zitternden Fahrzeug und seinen zitternden alten Händen kam er zu Ende mit dem, was er schreiben wollte.  
Es war an der Zeit, denn plötzlich kam ein furchtbarer Wellenschlag; rasende Wogen stürzten sich über die Barke, und es begann jener schreckliche Tanz, mit dem Schiffe den Sturm empfangen.  
Der Doktor erhob sich, trat an den Ofen

und trocknete, so gut es ging, das Gefährdete am Feuer; dann faltete er das Pergament zusammen, legte es in die Brieftasche und steckte Brieftasche und Schreibzeug wieder in die Tasche. Der Kochtopf schaukelte hin und her; der Probengale bewachte ihn.  
„Fischsuppe“, sagte er.  
„Für die Fische“, antwortete der Doktor. Dann ging er wieder auf Deck.  
Der Wind wehte direkt aus Norden. Er war in seiner Heftigkeit so günstig zur Abfahrt aus England, daß der Patron der Mauritania sich entschloß, die Segel zu hissen. Die Barke schoß durch den Wind wie im Galopp; alle Segel gebülht, den Wind hinter sich, sprang sie von Woge zu Woge voller Mut und Lust. Die Flüchtlinge lachten und freuten sich und klatschten in die Hände, den Wellen und Winden, der Segeln, der Flucht, der unbekanntem Zukunft jubelnd. Der Doktor schien sie nicht zu bemerken; er dachte nach.  
Jede Spur des Tageslichts war geschwunden. Das war der Augenblick, als das spöhnende Rind auf dem fernen Felsenufer die Barke aus dem Gesicht verlor.  
Alles verankert in Nacht.  
Aber auch sie, die die Barke forttrug, sah hinter sich das feindliche Land zurückweichen und kleiner werden — voller Freude und Erleichterung. England entschwand. Nur noch das Meer breitete sich um die Flüchtigen aus.  
Pflöglig wurde das Dunkel furchbar. Der Sinnel war tiefstwarz und schloß sich um das Schiff. Langsam begann der Schnee zu fallen. Erst nur ein paar Flocken — wie Seelen.  
Und nun stürzte sich der Orkan auf die Barke. Bei diesem ersten rasenden Anrall wurde kein einziges Segel woggerissen, der Mast krachte und bog sich nach rückwärts wie im Schreden.  
(Fortsetzung folgt.)

Inland.

Der Kampf um das Vermögen der Zentralsozialversicherungsanstalt.

Die Parteien der bürgerlichen Regierungskoalition, insbesondere diejenigen, welche das Bankkapital repräsentieren, sind sich der Gefahr bewusst, die ihrer Stellung im Kreditwesen dadurch droht, daß die Zentralsozialversicherungsanstalt in einigen Jahren große Kapitalreserven anammeln wird, welche zweifellos gegen billigen Zins zu produktiven Zwecken werden verborgt werden. Dadurch werden die kapitalistischen Geldinstitute allerdings um einen großen Teil ihrer ertragreichen Geschäfte kommen, insbesondere bei Gemeinden, Bezirken, Ländern, Genossenschaften usw., und darum ist ihnen schon jetzt die Fanktion der Zentralsozialversicherungsanstalt, soweit es sich um die Anlage der Reserven handelt, unangenehm, obwohl sie in deren Verwaltungsorganen einen größeren Einfluß haben als ihnen gebührt. Die tschechische Agrarpartei, welche große Finanzinstitute beherrscht, erklärt, sie werde sich bei der Novellierung des Gesetzes über die Sozialversicherung bemühen, daß das Recht der Anlage des Kapitals, welches bisher die Anstalt hatte, künftig auf den Staat, beziehungsweise das Finanzministerium übergehen soll. Das würde in der Praxis bedeuten, daß die Arbeiterschaft das schwer erworbene Geld für die Sozialversicherung hergeben, aber nicht das Recht haben soll, sein Vermögen zweckmäßig anzulegen. Die Arbeiterschaft soll zahlen und schweigen. Der Staat, welcher zu den Reserven der Zentralsozialversicherungsanstalt nicht einen Heller beiträgt, soll diese aus dem Geld der Arbeiterschaft sammelnden Reserven mit Hilfe der Bürokratie des Finanzministeriums verwalten. Daß die Agrarpartei mit den übrigen Regierungsparteien damit bestimmte Ziele verfolgt, und daß es sich nicht nur um Modifikationen handelt, ist klar. Soweit es sich um die Zahlung der Beiträge für die Sozialversicherung handelt, sind die Agrarier an letzter Stelle, aber wenn es um deren Fonds geht, zeigt sich ihr lebhaftes Interesse. Die Arbeiterschaft soll Fonds ansammeln, welche ihrer Versorgung dienen, die aber nach den Wünschen der agrarisch-kerikalen Regierungsmehrheit das Finanzministerium gegebenenfalls gegen die Interessen der Arbeiterschaft anwenden soll. Das ist eine Gefahr nicht nur für die Arbeiterschaft, sondern für das gesamte Wirtschaftsleben und insbesondere für die Industrie, welche der Ausbeutung durch das Finanzkapital ausgesetzt werden soll. Die Agrarpartei verwalte schon heute große Finanzinstitute, und wenn sie mit Hilfe ihres Einflusses in der Regierung auch auf das Geld der Sozialversicherungsanstalt den entscheidenden Einfluß erhalten sollte, wäre das die Bedrohung der Interessen nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft. Es ist klar, daß die Arbeiterschaft den agrarischen Bestrebungen nicht ruhig zusehen kann.

Die Regierungsparteien sollten sich dessen bewußt sein, daß alles, auch die Gebuld der Arbeiterschaft, Grenzen hat. Aber wenn sie nach den Fällen, nach der daraus hervorgehenden Leertung und Arbeitslosigkeit, nach der Kongruenz, nach dem Angriff auf die Bergarbeiterversicherung, nach der Verwaltungsreform noch mit so vermögenden Anträgen bezüglich der Novellierung der Sozialversicherung kommen, dann bedeutet dies die Loslösung einer Lawine, welche trotz aller Schutzvorrichtungen diejenigen, die sie entfesselt haben, in den Abgrund mit sich ziehen kann. Deshalb seien die Agrarier gewarnt.

Die tschechoslowakische Delegation für die internationale Wirtschaftskonferenz. Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am Donnerstag die Delegierten für die in Genf am 4. Mai zusammen tretende Internationale Wirtschaftskonferenz ernannt. Unter den Experten befindet sich auch Abgeordneter Genosse Boh. Als Vizepräsident der Delegation für Angestellten- und Konsumfragen fungiert der Generalsekretär der tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbände Tayerle.

Durchbruch der Kantonesen.

Die Schantungarmee überrannt. — Shanghai vom Lande abgeriegelt.

Shanghai, 19. März. Die Front der Nordtruppen ist völlig zusammengebrochen. Bei Sungliang, Sutschau und westlich des Taihu-Sees sind die Kantontuppen gestern durchgebrochen. Die Verteidigungsstellungen der Schantungarmee wurden überrannt. Die Nordarmee zieht sich in der Richtung auf Shanghai zurück. Die Durchbruchsstelle erstreckt sich bis Tschangtschau, wo im entscheidenden Augenblick mehrere Generale der Schantungarmee mit ihren Truppen zum Süden übergingen. Auch in Nanking ist die Nordfront auseinandergefallen; in der Stadt kam es bereits zu Kämpfen mit meuternden Abteilungen, die zum größten Teil niedergemetzelt wurden.

Durch den Durchbruch ist Shanghai vom Lande abgeriegelt. Die Truppen, die Shanghai verteidigen sollen, sind von ihrer Rückzugslinie abgeschnitten. In der Stadt selbst herrscht große Erregung, da man sich auf das Herannahen der Südruppen vorbereitet. Augenblicklich wird die Zurückziehung der englischen und italienischen Truppen, die außerhalb der Niederlassungen strategisch wichtige Punkte besetzt halten, gefordert.

Ein aufgeregter kommunistischer Schwindel.

Einheitsfrontmanöver der österreichischen Kommunisten.

Die Opposition der österreichischen Kommunisten, die von Dr. Josef Frey geführt wird, hat ein Agitationsblatt herausgegeben, in dem eine überaus lehrreiche Geschichte erzählt wird. Am 6. März fand in Wien eine Reichskonferenz der Kommunisten statt. Auf dieser Konferenz wurden zwei Meinungen vertreten. Die einen empfahlen, sozialdemokratisch zu wählen, die anderen, eigene kommunistische Kandidaturen aufzustellen. Da auf der Konferenz keine Einigung erzielt werden konnte, wurde, wie das kommunistische Oppositionsblatt berichtet, eine Zentralkomiteefunktion einberufen, auf der beschloffen wurde, der Reichskonferenz zu berichten ein „Telegramm“ aus Moskau zu schlagen, ein Angebot mit unerfüllbaren Bedingungen vor. Unter diesem Druck beschloß die Reichskonferenz, diese empfohlene Fatale einzuschlagen. So kam es zum offenen Brief. Zwei Tage schwebte das Zentralkomitee in tödlicher Angst, daß die sozialdemokratische Partei das Angebot doch annehmen werde — bis sie schließlich die offizielle Antwort der sozialdemokratischen Partei vernahm.

So weit das Blatt des Dr. Frey. Es ist also unannehmbar auch von kommunistischer Seite festgestellt, daß das ganze Angebot ein betrügerisches Manöver war, u. es ist nur die Frage, ob das Telegramm aus Moskau wirklich existiert oder ob das Zentralkomitee der kommunistischen Partei die Reichskonferenz einfach belogen hat. Ob das eine oder das andere wahr ist, jedenfalls ist hier ein neuer Beweis dafür geliefert, daß die ganze Einheitsfrontpropaganda der Kommunisten in allen Ländern ein bodenloser, auf die Täuschung der Arbeiterschaft berechneter Schwindel ist.

Albanien trifft „Verteidigungsmaßnahmen“.

Rom, 19. März. (Stefani.) „Giornale d'Italia“ berichtet aus Tirana, daß die albanische Regierung in Kenntnis der jugoslawischen Vorbereitungen Verteidigungsmaßnahmen zu treffen beginnt. Einige Gebirgsgehäuze wurden an die Westgrenze gebracht. Der Transport von Truppen nach dem Norden wird vorbereitet. Die jugoslawischen Vorbereitungen zeigen sich besonders in der Gegend südlich Dschalew. Eingeleitet wurden sie durch eine vorgeplante Desertion von Offizieren, die sich unter die Bevölkerung von Rosowo begaben und die Gebirgsbewohner aufforderten, sich zu erheben und irreguläre Kampfpartien zu organisieren. Die jugoslawische Regierung ließ an der albanischen Grenze Plakate anbringen, in denen alle Flüchtlinge oder Feinde der Regierung von Tirana aufgefordert werden, sich von der Grenze zu entfernen.

Arbeitsaufnahme in den Lodzer Betrieben

Annahme der Vermittlungsdaktion der Regierung. Warschau, 19. März. (C. P. B.) Der Vorschlag der Regierung, im Lohnstreik in der Lodzer Textilindustrie zu vermitteln, ist sowohl von den Arbeitern als auch von den Industriellenverbänden angenommen worden. Somit wird kommenden Montag in sämtlichen Betrieben von Lodz die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Protest der Sowjets in Rom.

Gegen die Ratifizierung des Abkommens über Bessarabien.

Rom, 19. März. Die Agenzia Stefani meldet: Die Sowjetregierung hat durch Vermittlung ihrer Botschaft in Rom dem Ministerium des Aeußern eine Note überreicht, in welcher sie gegen die Ratifizierung des Bessarabien betreffenden Pariser Vertrages vom Jahre 1920 seitens Italiens protestiert.

Entspannung zwischen Mexiko und der Union.

Washington, 19. März. Der hierher zurückgekehrte mexikanische Gesandte Tellez wird morgen Coolidge einen Besuch abstatten. Daß in der letzten Zeit in Mexiko keine Konfiskationen von Geldfeldern vorgenommen wurden, wird als ein weiteres Zeichen der Entspannung betrachtet.

Aufhebung der Prohibition in Norwegen.

Oslo, 19. März. Im Unterhaus begann gestern die Debatte über den Gesetzesentwurf, mit welchem die Prohibition aufgehoben und neuerlich die driliche Option eingeführt werden soll. Es wurde ein Zusatz angenommen, den Verkauf von Spirituosen in 13 Städten zu bewilligen, wo er schon vor Einführung der Prohibition eingeführt war. Nach dem 30. Juni kann jede Stadt mit mehr als 4000 Einwohnern durch driliche Abstimmung den Spirituosenverkauf einführen.

Ein Anti-Kommunistengesetz in Polen.

Warschau, 19. März. Ein Ausschuß des Warschauer Sejms hat die Beratung eines rigorosen Ausnahmengesetzes gegen die Kommunisten begonnen, das von den nationalistischen Parteien eingebracht wurde. Die Linksparteien, die gegen das drakonische Ausnahmengesetz sind, wurden im Ausschusse überstimmt. Das Gesetz wird wahrscheinlich auch im Plenum eine Mehrheit finden. Es stellt nicht nur die Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei unter schwerste Strafen, sondern nimmt den Kommunisten auch jede Möglichkeit, bei kommunalen oder staatlichen Wahlen irgendwelche Listen aufzustellen und stellt sie in jeder Beziehung außerhalb der bürgerlichen Rechte.

Tages-Neuigkeiten.

Das konfiszierte Blat.

Nicht der Militarismus, sondern der Kampf gegen ihn ist gefährlich!

Zum Internationalen Frauentag am 27. März hat unsere Partei, das heißt: wir alle unsere Partei Blätter affigieren lassen, die, vom Rührerhand ausgefertigt, den Gedanken: „Nie wieder Krieg!“ symbolisch wiedergeben. Eine Frau, eine junge Mutter, bricht ein Gewehr mitten entzwei, hält die unbrauchbar gewordenen Teile in ihren Händen und auf den Gesichtern und in den Mienen der Menge, die diese Tat mit anseh, spiegelt die Freude sich wider über diese kraftvolle Handlung zur Erlösung der Menschheit von Krieg und Militarismus.

Dieses Blat nun ist fast überall von den Behörden beschlagnahmt worden.

Man kann nicht einmal sagen, daß das sonderlich überraschend kommt. In Zeiten, da eine tschechoslowakisch-deutsche Bürgerregierung den Militarismus in ungeheuerlichem Maße triumphieren läßt, indem sie auf mehr als ein Jahrzehnt hinaus einen Milliardenrüstungsfonds schafft, in Zeiten, da ein Kränzel des Staatshaushalts auf „ordentliche“ Ausgaben für Militär, Kanonen und Giftgas verwendet wird, haben die Machthaber begreiflicherweise wenig Mut, der Militär- und Kriegsgegnerchaft des Volkes neue Nahrung geben zu lassen. Dennoch sollten sie sich darüber klar sein, daß diese Satzungsfunktionierung des Militarismus den Widerstand gegen ihn noch mehr verschärfen wird. Denn wenn schon der Gedanke an die Abrüstung und seine Darstellung im Bilde als verboten und staatsgefährlich erscheint, wer wird da den Herren auch nur ein Wort glauben, die immer wieder von der Abrüstung reden und die vorgeben, daß, soweit es auf sie anläge, je eher je lieber mit der Abrüstung begonnen werden könnte? Die Konfiskation des Blattes gibt neuerdings Aufschluß über die wahre Gesinnung unserer Staatslenker. Um so entscheidender darum der Kampf unserer Frauen, sowie der Männer und der Jünglinge gegen den Militarismus. Die Sprecherinnen, die am 27. März vor die Frauen hintreten werden, haben nun noch ein Argument mehr. Sie werden den Mäulern das konfiszierte Bild beschreiben und es wird sich ihnen um so fester einprägen, als Symbol eines unserer leidenschaftlichsten Wünsche.

Aus dem Leben eines Börsenräubers und Zeitungsbriganten.

Der Skandal des Bankiers Rochette. — Ein Schwindel in zweiter Auflage.

Der Börse- und Pressebrigant Rochette, dessen vor einigen Tagen erfolgte Verhaftung in ganz Frankreich so großes Aufsehen erregte, ist jetzt zum zweitenmal Gast des Pariser Polizeigefängnisses. Im Jahre 1907 wurden seine Schwindeleien, mit denen er den leichtgläubigen Sparern hundert Millionen Franken entlockt hatte, zum erstenmal enthüllt. Das erste Wort, das er damals bei seiner Verhaftung sagte: „Ich habe einige Senatoren in der Tasche und Sie, mein Lieber, werden Ihre Voreiligkeit zu bereuen haben.“ wies auf Zusammenhänge zwischen den Schwindelgeschäften Rochettes und politischen Kreisen hin. Kein geringerer als Faures verlangte die Säuberung des politischen Lebens und auf sein Drängen wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt, um Rochettes Geschäftsgewandlung und seine Verbindungen mit politischen Persönlichkeiten zu überprüfen. Der damalige Ministerpräsident Clemenceau und der allmächtige Polizeipräsident von Paris Lepine mußten sich vor dem Ausschusse, der unter dem Vorsitz von Faures tagte, dagegen vertheidigen, daß sie mit Rochette in Verbindung gestanden wären; der wahnsinnige persönliche Haß Clemenceaus gegen Faures dürfte in diesen für

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Montag.

Frags, 349. 11: Schallplattenkonzert. 11.40: Rundfunk-Heiliger Abend und Weihnachtslied. 12.00: Preisermäßigungen. 12.15: Mittagskonzert. 1. Morgen: Bon Bonitäts-Präsident. 2. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 3. Jüdische Talmud. 4. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 5. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 6. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 7. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 8. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 9. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 10. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 11. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 12. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 13. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 14. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 15. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 16. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 17. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 18. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 19. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 20. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 21. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 22. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 23. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 24. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 25. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 26. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 27. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 28. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 29. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 30. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 31. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 32. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 33. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 34. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 35. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 36. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 37. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 38. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 39. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 40. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 41. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 42. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 43. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 44. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 45. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 46. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 47. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 48. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 49. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 50. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 51. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 52. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 53. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 54. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 55. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 56. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 57. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 58. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 59. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 60. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 61. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 62. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 63. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 64. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 65. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 66. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 67. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 68. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 69. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 70. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 71. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 72. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 73. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 74. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 75. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 76. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 77. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 78. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 79. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 80. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 81. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 82. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 83. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 84. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 85. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 86. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 87. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 88. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 89. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 90. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 91. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 92. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 93. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 94. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 95. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 96. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 97. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 98. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 99. Wesp: Wachtelweiden-Roman. 100. Wesp: Wachtelweiden-Roman.

Deutschland.

Baden, 550. 16: Vortrag des St. Emmerich-Vereins. 17.02: Bismarckmahl. 18.20: Deutscher Vortrag. 19: Kunstausstellung. 20.15: Orchesterkonzert. Bismarckmahl und Tanzmahl. Taverne, 1000. 12: Quartett und Gesang. 14: Orgelkonzert. 17.30: Tanzmahl. 18.45: Konzert. 20.45: Mikrophon-Vortrag. 22.30: Winterabend. 24: Tanzmahl. Rom, 449. 17.30: Konzert. 21: Konzert. Wien, 517. 11: Vormittagskonzert. 18.15: Nachmittagskonzert. 17.10: Tanzabend. 18.10: Die Entdeckung der Oper. 18.40: Deutscher Vortrag. 19.10: Gebert's Opernabend. 20.05: Rudolph Hinderfeld. 21.05: Sonnerabend. Zürich, 404. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Konzert. 16: Kammermusik. 19.30: Rauf und Urlaub. 20: Schubert-Probens-Abend. 21: Unterhaltungskonzert.

Deutschland.

Baden, 550. 16: Vortrag des St. Emmerich-Vereins. 17.02: Bismarckmahl. 18.20: Deutscher Vortrag. 19: Kunstausstellung. 20.15: Orchesterkonzert. Bismarckmahl und Tanzmahl. Taverne, 1000. 12: Quartett und Gesang. 14: Orgelkonzert. 17.30: Tanzmahl. 18.45: Konzert. 20.45: Mikrophon-Vortrag. 22.30: Winterabend. 24: Tanzmahl. Rom, 449. 17.30: Konzert. 21: Konzert. Wien, 517. 11: Vormittagskonzert. 18.15: Nachmittagskonzert. 17.10: Tanzabend. 18.10: Die Entdeckung der Oper. 18.40: Deutscher Vortrag. 19.10: Gebert's Opernabend. 20.05: Rudolph Hinderfeld. 21.05: Sonnerabend. Zürich, 404. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Konzert. 16: Kammermusik. 19.30: Rauf und Urlaub. 20: Schubert-Probens-Abend. 21: Unterhaltungskonzert.

Deutschland.

Baden, 550. 16: Vortrag des St. Emmerich-Vereins. 17.02: Bismarckmahl. 18.20: Deutscher Vortrag. 19: Kunstausstellung. 20.15: Orchesterkonzert. Bismarckmahl und Tanzmahl. Taverne, 1000. 12: Quartett und Gesang. 14: Orgelkonzert. 17.30: Tanzmahl. 18.45: Konzert. 20.45: Mikrophon-Vortrag. 22.30: Winterabend. 24: Tanzmahl. Rom, 449. 17.30: Konzert. 21: Konzert. Wien, 517. 11: Vormittagskonzert. 18.15: Nachmittagskonzert. 17.10: Tanzabend. 18.10: Die Entdeckung der Oper. 18.40: Deutscher Vortrag. 19.10: Gebert's Opernabend. 20.05: Rudolph Hinderfeld. 21.05: Sonnerabend. Zürich, 404. 12.30: Schallplattenkonzert. 15: Konzert. 16: Kammermusik. 19.30: Rauf und Urlaub. 20: Schubert-Probens-Abend. 21: Unterhaltungskonzert.

Clementeau peinlicher Auseinandersetzungen einen seiner tiefsten Gründe haben.

Die Rochette arbeitet.

Rochettes Methode war einfach: Er gab einige Börsenzeitungen heraus, in denen er die Aktien nicht vorhandener oder verkrachteter Unternehmungen anpries. Dann schrieb er Briefe an seine Leute in der Provinz und bewog sie zum Kauf der faulen Börsenpapiere. Als die Kurse genügend in die Höhe getrieben waren, verkaufte er seine eigenen Papiere, und dann, wenn die Generalversammlung abgehalten und keine Dividenden ausgeschüttet wurden, kam der Aroch. Schließlich erstattete einer der Geprellten die Anzeige und an einem einzigen Börsentag brach das ganze Gebäude zusammen. Rochette wurde zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, verstand es aber, sich durch seine politischen Beziehungen der Strafe zu entziehen. Er ging ins Ausland, trieb sich in Griechenland herum, soll vor der Revolution der Finanzminister der mexikanischen Regierung gewesen sein und kehrte nach Kriegsausbruch nach Frankreich zurück. Auf Anrufen des Willeram-Journalisten und sozialistischen Renegaten Gustave Hervé, meldete er sich zum Kriegsdienst und erwarb dadurch den Nachlass seiner Strafe.

Einer, den der Krieg nicht gebessert hat.

Nach dem Kriege nahm er sein altes Gewerbe wieder auf. Nicht weniger als fünf Börsenzeitungen gab er heraus, hatte einige Büros in Paris, dann Filialen in großen Städten und bearbeitete die französischen Später nach denselben Methoden wie 1907. Allerdings ist auch in Frankreich mittlerweile das Geld knapper, das Vertrauen der Leute größer geworden; dennoch gelang es Rochette, etwa vierzig Millionen Franken den börsenungrigen kleinen Leuten herauszulösen. Er bewog sie vor allem, ihre Staatspapiere zu verkaufen und das Geld in Rochette-Aktien, die auf aufgelassene Kupferminen in Indochina und ähnliche solide Unternehmungen lauteten, anzulegen. Er erlebte man zum zweitenmal seinen schwarzen Sonntag: er und seine Kumpane wurden verhaftet und das Nachsehen haben nun die Leute, die ihm ihr Geld anvertraut hatten.

Rochette zeigt sich auch jetzt sicher und hofft aufscheinend auf mächtige politische Freunde, die seinen Karren wieder aus dem Sahnraum ziehen werden: er äußerte sich: „Tausende von Personen, die an seinen Unternehmungen beteiligt waren, würden in den Skandal hineingezogen“, droht also offensichtlich mit der Kompromittierung bekannter Persönlichkeiten. Allerdings scheint er bei dem Justizminister Barthou auf seine Gegenliebe zu stehen; wenigstens hat dieser nach außenhin den Auftrag gegeben, daß die Untersuchung mit aller Strenge durchgeführt werden soll.

Behauptungen!

Zu dieser Forderung lassen wir im nachstehenden ein paar Gedanken folgen, die uns ein Arbeiter in einem Briefe mitteilte:

Als sich im Jahre 1918 das Proletariat aller im Kriege stehenden Länder gegen den Militarismus auflehnte, schlossen sich auch große Scharen von Individualisten und Bürgerlichen an. Die sozialdemokratische Partei hatte die große Aufgabe, alle diese Menschen zu Klassenkämpfern zu erziehen. Es wurde während der Zeit sehr viel Gutes geschaffen. Tausende von Vertrauensmännern und Frauen waren bemüht, die Massen aufzurütteln und sie lehend zu machen und zu erhallen. Ist diese schwere Arbeit von den Massen erkannt worden? Man könnte daran zweifeln. Jene bürgerlichen Elemente, welche damals zur Organisation kamen, sind heute längst nicht mehr in unserer Reihen. Das wäre sicher nicht das Schlimmste. Erstler berührt uns die Frage der indifferent gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen. Wenn nach dem Umsturz die Propaganda für den Militarismus nicht groß war, um so größer ist sie heute. Das Bürgertum von heute bemüht sich kämpfend, die Massen neuerlich für den Militarismus zu begeistern.

Zu den vielen Vergnügungsinstitutionen, die in den Händen der Besitzenden sind, gehört bekanntlich auch das Kino. Besonders hier sehen wir das Bemühen des Bürgertums, die Massen für den Militarismus zu begeistern. Nur einige wenige Titel von Filmen seien genannt: „Liebe und Trompetenbläser“, „Die blauen Jungen“ (unter Mitwirkung der deutschen Marine), „Der Kurier des Haren“, „Die dritte Eskadron“, „Die Regimentskocher“. Den erzieherischen Inhalt dieser reaktionären Filme kann man sich leicht vorstellen. Täglich verläßt die Reaktion den Boden der sozialistischen Aufbaubarbeit zu untergraben und alle möglichen „neutralen“ Mittel werden dazu verwendet. Die bürgerliche Presse versucht den Geist der Arbeiter zu vergiften, die Kirche mit den Pfaffen tut ihr Bestes, das Proletariat vom Klassenkampf abzulenken und so kampfunfähig zu machen. Obwohl noch in vielen Gemeinden, in denen die Bürgerlichen regieren, fleißig Kriegsgedenkmäler gebaut, Zehntausende von Kronen verpulvert werden, rufen auf der anderen Seite dieselben Bürgerlichen für neue Kriege. Den deutschen Christlichsozialen, dem Bund der Landwirte und der deutschen Gewerdepartei, die sich dazu hergaben, für sämtliche Militärforderungen und für den Milliarden-Rüstungsfonds zu stimmen, macht die Erhaltung des Friedens keine Sorgen. Doch die Bürgerlichen für die Beibehaltung der 18monatigen Militärdienstpflicht sind und dafür gestimmt haben, bestärkt nur unser Urteil. Die organisierte Arbeiterschaft

Die Kirche als Parteilokal.

Was ist's mit dem katholischen Presse Sonntag? Die Pfarrer als Beamte der christlichsozialen Partei. - Schändlicher Mißbrauch der Bevölkerung durch die Pfaffen. - Mit der Kongrua wird die aktivistische Agitation bezahlt.

Wir hatten vor etwa einem halben Jahr Gelegenheit, ein Rundschreiben der südböhmischen Kreisleitung der christlichsozialen Partei an die Pfarreien abzufragen und zu glossieren. Aus diesem Rundschreiben ging hervor, daß die Pfarrer von den Parteisekretariaten der christlichsozialen Partei buchstäblich als Untergebene behandelt und zu politischen Dienstleistungen kommandiert werden. Man erfah aus diesem Rundschreiben, daß die Geistlichen, denen man die Kongrua als Entlohnung für ihre Parteitätigkeit gegeben hat, sich soweit prostituieren müssen, arme Dienstmädchen und Landarbeiter für die christlichsoziale Partei anzuwerben, damit sie nicht zu den Reiten gehen und sich zum Kampfe um ihre Rechte organisieren. Damit der reiche Bauer ein paar hundert Gulden mehr auf die hohe Ante legen könne, damit er sein Versprechen, nach der Einführung der Zölle auch höhere Löhne zu zahlen, nicht halten müsse, damit die Dienstmädchen und Knechte nur ja nicht in die Lage kommen, den Kampf um ihr gesichertes Alter zu führen, muß der Diener der christlichen Kirche, muß der „Geweihte des Herrn“, dem Kapitalismus Zutreiberdienste leisten. Fürwahr die Prostituierten des Körpers, die von der Gesellschaft ausgestoßenen Straßendirnen stehen moralisch himmelhoch über jenen bezahlten Zutreibern des Kapitals, die ihre in den Augen vieler Menschen erhabene Stellung dazu mißbrauchen, die Armen und Unterdrückten in die Fallstricke ihrer Ausbeuter und Unterdrücker zu führen.

Vor einiger Zeit brachte die „Südböhmische Tageszeitung“ einen „Ausruf“ zum Ausdruck, der sich dem oben erwähnten Dokument würdig an die Seite stellt und nun aktuell wird. Es heißt in diesem schamlosen Geständnis der Pfaffenpartei:

„Wenigstens einmal im Jahre muß in jeder Pfarrei diese Angelegenheit mit allem Nachdruck behandelt werden. Diefem Zwecke will der Presse Sonntag dienen, der über Anregung des E. D. Preßbundes, Mariaschein, alljährlich am Sonntag nach dem Fest des hl. Josef (19. März) in jeder Pfarrei abgehalten wird. Sollte dieser Sonntag nicht passend erscheinen, so mögen die hochw. Seelsorger einen Sonntag zwischen Fastling und Anfang Mai auswählen. Für die Durchführung mögen folgende Richtlinien gelten:

In der Kirche werde eine eigene Pressepredigt gehalten, oder wenigstens nachdrücklich auf die Bedeutung der christlichen Presse hingewiesen.

Wo die Verhältnisse es gestatten, möge eine Kirchen- oder anderweitige Geldsammlung durchgeführt werden, deren Ertrag im Wege des Ordinarates oder des Generalsekretariates des E. D. Preßbundes Mariaschein den bedürftigen Blättern zugeführt wird.

Es darf keine Pfarrei geben, in der der Presse Sonntag unterlassen wird und darum soll auch ein genauer Bericht über die Durchführung erstattet werden. Die notwendigen Drucksachen stehen beim Generalsekretariat des E. D. Preßbundes zur Verfügung.“

..... muß daher doppelt auf der Hut sein. Die reaktionären Taten der Bürgerregierung müssen allen Arbeitern und Arbeiterinnen die Augen öffnen. Die sozialdemokratische Partei, als einzige Verfechterin des Friedens und der Freiheit, wird auch aus dieser Konze als Siegerin hervorgehen.

..... Wie zur Zeit der Volksliste. In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß das Eisenbahnministerium der Errichtung oder Erweiterung von Straßenbahnen und Kraftwagenlinien deshalb Hindernisse bereitet hat, weil durch diese Verkehrsmittel angeblich der Ertrag der Staatsbahnen gefährdet wird. Dazu erklärt nun der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper, daß ein solcher Standpunkt, selbst wenn eine Schmälerung des Ertrages der Staatsbahnen durch Errichtung anderer Verkehrslinien erfolgen würde, unhaltbar und mit den modernen Verkehrsbedürfnissen unvereinbar ist. Er genahmt allzusehr an die Zeit der Einführung der Eisenbahnen, da sich die Aufseher und Führer gegen diese Einrichtungen gewendet haben, weil sie sich in ihrem Fortkommen bedroht fühlten. In Wirklichkeit bedeutet aber die Eröffnung neuer Verkehrslinien gar keine Schmälerung der Einkünfte der Eisenbahnen und es ist klar, daß sich die Einrichtung der Verkehrsmittel nach dem Stande der modernen Technik und dem Bedürfnisse des Verkehrs, nicht aber nach engherzigen, angeblichen finanziellen Bedenken zu richten hat. Aus diesen

..... Daß der Presse Sonntag in der Pfarrei abzuhalten ist, beweist schon, daß man die Pfarrer schlechthin als Angestellte der Partei betrachtete. „Es darf keine Pfarrei geben —“, die nicht mittut, das ist die unverhohlene Drohung, jene Pfarrer, die genug persönliche Anständigkeit aufbringen, um ihr Gewerbe nicht in den Dienst der kapitalistischen Propaganda zu stellen, kurzerhand zu erledigen. Hat doch auch der Herr Prälat Seipel für den Grazer Priester Ude, der gegen die christlichsoziale Politik, für die Erhaltung des Mieterschutzes, gegen die Verbindung von Christentum und Börsenkapital ein Redeverbot durchgesetzt. Der vom Staate bezahlte Kongrua-Pfarrer wird aber auch zu einem Bericht verhalten, der eine genaue Kontrolle über seine Leistungen möglich macht.

Geradezu unerschämte aber ist die offene Aufforderung zu Agitationssreden für die liberale Presse von der Kirchenkanzlei herab. Die Leute, die in die Kirche kommen, um dort einen Gottesdienst zu hören, werden zu Lesern der liberalen Schundpresse angeworben. Ja, man schreit sich nicht, Geldsammlungen für die Parteipresse in der Kirche abzuhalten. Dieselbe Presse, die den Kindermord von Schattendorf gutgeheißen hat, die über vergossenes Arbeiterblut in Jubel ausbricht, die tagtäglich in der niedrigsten Weise lügt und heit, deren ganze Haltung eine einzige Verleumdung jedes moralischen Grundgesetzes ist, dieselbe Blut- und Sudelpresse wird von den Kanzeln herab im Namen Gottes und im Namen der christlichen Lehre angepriesen! Für die Knödelpolitik der Aktivisten, die dem Volke die Haut über die Ohren zieht, wird in der Kirche im geweihten Klingelbeutel Geld gesammelt. Angesichts dieses schamlosen Mißbrauchs der Gebuld der Massen und der religiösen Gefühle breiter Volksschichten wird die Forderung nach der Trennung von einer Kirche, die sich offen in den Dienst der faschistischen Reaktion stellt, nicht mehr zu einer Weltanschauungsfrage, sondern zu einer Frage der Moral.

Kann ein wirklich gläubiger Mensch dulden, daß derart mit seiner Ueberzeugung Schindluder getrieben wird? Wenn die Kirche sich mit dem E. D. Preßbund indentifiziert, hat sie kein Recht, einen Schutz als Religionsgemeinschaft zu beanspruchen, denn dann ist sie nichts als eine politische Partei. Dann wird auch der Austritt aus dem E. D. Preßbund zum Austritt aus der Kirche werden.

Wir wollen sehen, ob die Pfaffen so frech geworden sind, die Barole zu besohlen und den Presse Sonntag am 20. März abzuhalten. Wägen sie es, dann müssen sie sich auf eine Gegenpropaganda gefaßt machen, die auch keine zarten Rücksichten nehmen wird. Die Geduld der Arbeiterschaft hat ihre Grenzen und das Proletariat wird die liberale Inzamie zu stellen wissen, auch wenn sie sich hinter hundert Altären verschauzt!

..... Gründe erhebt der Vorstand im Namen der im Verbands vereinigen Selbstverwaltungskörper die Forderung, es möge in Zukunft bei Einrichtung neuer Verkehrslinien mit motorischer Kraft, insbesondere beim Ausbaue städtischer Straßenbahn- oder Kraftwagenlinien von der Regierung ein anderer, zeitgerechter Standpunkt eingenommen werden.

Ein Wirbelsturm in Amerika. Ein Tornado hat in der ganzen Umgebung von Benton (Arkansas) große Verwüstungen angerichtet. Es wurden acht Tote und fünfzehn Verwundete festgestellt.

Unvorsichtige Sprengung. Beim Sprengen eines Betonblocks auf einem Bauplatz in der Tollwieserstraße in Dresden durch eine Militärabteilung wurden Samstag vormittag durch Sprengstücke einige umliegende Häuser stark beschädigt, und zahlreiche Fenster Scheiben zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt.

Die Mörder Lecian und Kasparin in Baden? Dieser Tage zeigte in Baden bei Wien ein Desfateffenhändler an, daß ihm in seinem Geschäft zwei Männer aufgefallen sind, die verschiedene Einkäufe besorgten. Er sah sie genau an und glaubt in ihnen, nach Zeugnisaufnahmen, die von schweizerischen Gerichten geschickten Mörder Lecian und Kasparin erkannt zu haben, auf deren Ergreifung eine Prämie von zehntausend Kronen ausgesetzt ist. Auch eine Brasilianin in Leobdorf glaubt, die beiden gesehen zu haben. Die Streifungen, die sofort von Polizei und Gendarmerie vorgenommen wurden, blieben aber bis jetzt ergebnislos.

Dauerrekord eines Ozeanfliegers. Ein portugiesischer Major bewältigte mit seinem Flugzeug „Aros“ eine Flugstrecke von 2575 Kilometern zwischen Portugiesisch-Bestafira und der Insel Fernando Noronha im Atlantischen Ozean. Da er 17.15 Stunden brauchte, flog er eine mittlere Geschwindigkeit von 151 Stundenkilometer. Den bisherigen Dauerflugrekord hatten ein Spanier und ein Italiener mit 2330 Kilometern inne.

Unbekanntes von Beethoven. Die Zeitschrift „Die Musik“ veröffentlicht einen bisher un-

..... Bekannt gewordenen, erst kürzlich entdeckten Brief, den Beethoven im Juli 1812 aus Leipzig geschrieben hat und der interessante Bemerkungen über Ophe enthält. In der gleichen Nummer dieser Zeitschrift finden wir auch eine unbekanntes Vertonung Beethovens von einigen Versen aus Homers „Odyssee“.

Schwarze Pöden. Die Tochter des Sekretärs der Textilarbeiter-Internationale Tom Shaw, die ihren Vater auf der Indienfahrt, der Textilarbeiter-Abordnung als Sekretärin beigesteuert, ist auf der Rückreise zwischen Marseille und Gibraltar an den schwarzen Pöden gestorben.

Mädchenmord. Die 15 Jahre alte Tochter des Färbereibesitzer Ried wurde am Donnerstag nachmittags in der Nähe von Schneidemühl mit durchschnittenen Kehle aufgefunden. Das Mädchen war vorher vergewaltigt worden. Der Täter konnte abends auf dem Bahnhof Schönanke festgenommen werden. Er hat die Tat eingestanden. Das Mädchen ist seinen Verletzungen erlegen.

Ecuadors größte Hasenstadt in Flammen. Guayaquil, die größte Hafenstadt Ecuadors, ist von einer großen Feuersbrunst heimgesucht worden. Ein Stadtviertel soll vollständig ausgebrannt sein. Man befürchtet, daß zahlreiche Menschen ums Leben gekommen sind.

Drei Mädchen verbrannt. In St. Ouen bei Paris sind am Donnerstag die drei kleinen Töchter eines Pariser Polizeibeamten bei einem Brande ums Leben gekommen. Das Feuer, das in dem kleinen Landhaus des Beamten ausgebrochen war, wurde zwar von Nachbarn bemerkt, doch kam Hilfe für die kleinen Mädchen im Alter von vier Jahren bis vier Monaten zu spät. Die unglücklichen Mütter sind nur noch die verkohlenen Leichen ihrer Kinder in dem völlig niedergebrannten Hofhäuschen vor.

Frau und Mann fast zu gleicher Zeit gestorben. In der Ortschaft Bohuschowitz bei Troppau sind an ein und demselben Tage zwei noch sehr junge Eheleute gestorben. Erst starb der Ehegatte, welcher im Landeskrankenhaus in Troppau operiert wurde und eine halbe Stunde später seine Ehegattin. Nach der Operation erbat er sich die Erlaubnis, mit dem Auto nach Hause fahren zu dürfen, um noch einmal seine Gattin zu sehen. Nach dem Wiedersehen sind beide, wie nach ihrem Tode ärztlich festgestellt wurde, dem natürlichen Tod gestorben. Das Ehepaar hinterließ keine Kinder. An dem Begräbnis beteiligten sich mehrere tausend Personen.

Im Schlafwagen durch die Lust. Als die ersten Personenzugzüge den Dienst zwischen den deutschen Großstädten aufnehmen, da fand man sich noch mit allen Unbequemlichkeiten ab, die das neue Verkehrsmittel mit sich brachte. Die Freude über die gewaltige Schnelligkeit, mit der man nun Entfernungen überwinden konnte, war so groß, daß die vermögenden Reisenden anfänglich das Fehlen von Speisewagen, Wschraum, Schlafraum und all der vielen kleinen Annehmlichkeiten, die eine moderne Eisenbahn dem begüterten Fahrgast bietet, gar nicht sehr bemerkt. Heute ist man aber schon viel anspruchsvoller. Das Luftpublikum hat sich an die Geschwindigkeit gewöhnt, man findet sie nicht mehr als besonderen Vorzug, der eben mit kleinen Opfern erkauf werden muß, sondern geradezu als Selbstverständlichkeit, und wäre sehr enttäuscht, wenn die Flugzeugbauer nicht alles daran setzten, den Aufenthalt in ihren Schiffen so angenehm als möglich zu gestalten. Schon seit längerer Zeit gibt es in den Verkehrsflugzeugen viele solche Verbesserungen, auch einen Speisebetrieb hat man auf einigen Linien schon eingerichtet. Jetzt hat die Junkers-Gesellschaft ein neues Großflugzeug in Dienst gestellt, das schon ganz die Dimensionen eines Eisenbahnwagens hat. Zwischen dem Sitz sind verhältnismäßig große Tische angebracht, Gepäckräume gestatten die Mitnahme von Koffern, und vor allem kann der Passagierraum in der Nacht leicht in einen Schlafwagen umgewandelt werden, der sich in nichts mehr von den Schlafwagen der internationalen Eisenbahngesellschaften unterscheidet.

Rudbühnenarbeit am Grabe. Aus Innsbruck wird gemeldet: Der Tischler Albert Glog, der bei der Arbeit in einem Kohlensticht auf eine Kohlen-schaufel fiel, deren Stiel ihm 45 Zentimeter in den Körper eindrang, ist der schweren Verletzung erlegen. Da es im Krankenhaus nicht mehr zur Ablegung der Leiche kam, verweigerte der Kaplan ein katholisches Begräbnis. Der Betriebsrat des Krankenhauses wendete sich daraufhin an den evangelischen Pfarrer, der bei der Beerdigung die Einsegnung vornahm.

Kompositionen-Preiswettbewerb. Der deutsche literarisch-künstlerische Verein in Prag veranstaltet ein Preiswettbewerb für moderne Kompositionen (Kammermusik, Symphonien, Opern). In Betracht kommen hauptbestenfalls Staatsbürger deutscher Nationalität, die ihre Bewerbung anonym und mit Kennwort versehenem Kuvert bis zum 15. September 1927 eingereicht haben. Als erster Preis wurden 1000 K., als zweiter 500 K. ausgesetzt. Die Jury bilden die Herren: Prof. Adolfo Hünke, Hermann Schmeidel, Dr. W. Steinberg und Dr. Erich Steinhard. Die Manuskripte sind an den Vorgenannten, Prag-Bubener, Malitzka 386, einzusenden.

Von Newton bis Einstein. Ernst Mühlbach, Schriftleiter der Urania-Monatschrift in Jena, trägt am Dienstag, dem 22. d. M., um 8 Uhr in der Prager „Urania“ vor. Der Besuch dieses Vortrages — Mühlbach sprach schon zweimal mit Erfolg in Prag — kann empfohlen werden.

**Ausgebeutete!**  
Die bürgerliche Presse steht im Golde zurer  
**Ausbeuter**  
In die Hand des Arbeiters das Arbeiterblatt.

### Ein Heiratschwindler.

Prag, 18. März 1927. Franz Stahl, Beamter aus Prag, ist zwar schon fünfzig Jahre alt, lange verheiratet und Vater eines heiratsfähigen Sohnes, nichtsdestoweniger ist er einer jener feinen Männer, die heiratslustige Frauen um ihre Mitgift prellen und sich dann aus dem Staube machen. Doch so lange geht der Krug zum Brunnen, bis er bricht. Er benutzte zuerst die übliche Methode, das Leibblatt für Heiratsinserate, die „Korodni Politika“. Auf Grund jenes Inserates, in dem er sich als Steuerbeamter ausgab, wurde er mit einer gewissen Pokana S. bekannt, der er unter dem Vorwande, eine Villa zu kaufen, 2000 K herauslockte. Dann verschwand er. Er fuhr nach Reichenberg. Hier schloß er, diesmal ohne Inserat, gleich zwei Frauenbekanntschaften auf einmal, mit der Anna S. und Selene S. Der ersten entlockte er 500 K, der zweiten 200 K, natürlich unter dem Versprechen, die beiden angeführten Witwen wieder zu glücklichen Gattinnen zu machen. Dann führte ihn der Weg nach Lettschen, da das aussichtsreiche Geschäft dieser Art überall, wo er hinkam, mit einem Erfolge endete. Hier lernte er wieder eine kleine Witwe, Elise R., kennen. Die Witwe dachte sich: Weiß Gott, ein lieber Mann! Und dann sagte sie zu ihm: „Und ihr, mein Herr, ihr reist so immer fort?“ Stahl leuchtete wie Wephisto: „Ach, das Geschäft und Pflicht und dazu treiben“, aber als sie ihm 400 K, die sie für ihren Sohn für Studienzwecke in der Sparkasse hinterlegt hatte, ausfolgte, damit der seine Herr bei ihr bleibe und sie neuerlich zum Altar führe, da verschwand Stahl lächelnd ob der Dummheit der Frauen. Deshalb bloß bei Frauen mein lofsaltes Glück probieren? dachte er. Ein gewisser Leo Forig suchte einen Posten. Stahl hat auch Posten zu vergeben. Für 200 K Vergütung ist er zu allem bereit. Dann reist Stahl weiter, Forig wartet natürlich noch heute auf die Stelle und die Angabe. Wir finden den Herrn nun in Königgrätz. Wieder möchte eine kleine Witwe für einen Gatten gern alles opfern, was sie besitzt, Herz und Besitz. Stahl steht mehr um das Letztere, er knüpft der Hermine Sch. 300 K ab, jetzt führt ihn die Reise in eine neue Stadt, nach Brüx. Auch dort schloß er, wenn es der Leser noch nicht weiß, temperamenvolle Frauenbergen. Diesmal leiht er sich von Marie S. 2000 K für einen Hauskauf aus. Du lieber Göt, man will doch mit so einem jungen Witwenchen in einem hübschen Nestchen beisammen sein, das ist doch begreiflich! Endlich erreicht ihn der Stiefbrief. Vor dem Dreierichteramt des OVRM. Souček gibt er alle Betrügereien ohne weiteres zu. Er ist schon ein paarmal vorbestraft, saßt acht Monate schweren Kerker und läßt ein paar Weiber, die das Leben und die Liebe auch als ein Geschäft betrachten, unbedrückt in ihrem Liebesneben mit einem Miß in der Tasche weiter auf ein Mannsbild warten.

### Volkswirtschaft.

#### Vom Kampfe der Glasarbeiter. Demonstrationkundgebung in Gablonz am 21. März.

In den letzten Jahren hat die Glasindustrie außerordentlich darunter gelitten, daß von den Unternehmern auf den Markt Schmirgel- und Schindware geworden und dadurch der Ruf der tschechoslowakischen Glasindustrie geschädigt wurde. Die Folgen davon sind, daß diese schlechte Ware den Ruf des tschechoslowakischen Glases auf dem internationalen Weltmarkt vernichtet. Die Ringbranche wurde bereits durch die Erzeugung des Schmirgelglases vernichtet, 2000 Glaschleifer haben die Erwerbsmöglichkeit eingebüßt. Auch die Schlipperlenbranche wurde zugrunde geschmirgelt. Jetzt droht der Kristall- und Plakonbranche dieselbe Gefahr. Tausende Menschen sollen ihren Erwerb verlieren und alle Vorschläge der Organisation in Prag waren umsonst. Eine Handvoll Exporteure will um des augenblicklichen Gewinnes willen unbegrenzten Raubbau an der Industrie treiben.

Die Glasarbeiter veranstalten deswegen am 21. März eine große Demonstrationkundgebung am Gablonzer Marktplatz, in der ein Erzeugungsverbot für Schmirgelware gefordert werden wird.

### Sozialstatistik.

Das Statistische Staatsamt veröffentlicht in der sieben erschienenen Nummer 9 bis 10 seiner Mitteilungen Daten über die Sozialstatistik für die Zeit vom Oktober bis Dezember 1926, und zwar aus allen Gebieten der Arbeitsstatistik zusammen mit einer Uebersicht der wichtigsten Wirtschaftszahlen für die Zeit vom Oktober bis Dezember 1925 und vom Juli bis Dezember 1926. Die Anzahl der nichtuntergebrachten Bewerber sank vom 30. September bis 31. Oktober von 70.767 auf 66.502, d. i. um sechs Prozent; vom 31. Oktober bis 30. November auf 64.205, d. i. um 3,5 Prozent, vom 30. November bis 31. Dezember sank sie auf 71.237, d. i. um 10,9 Prozent. In derselben Zeit sank die Anzahl der angemeldeten freien Stellen von 14.114 auf 11.319, d. i. um 21,5 Prozent im Oktober; auf 8897, d. i. um 21,4 Prozent im November und auf 8056, d. i. um 9,5 Prozent im Dezember. Gegenüber dem September nahm die Anzahl der nichtuntergebrachten Bewerber zu im Baugewerbe um 21,4 Prozent und in der Gruppe der Verkehrsangestellten um 23 Prozent; ein Sinken zeigt sie in der Landwirtschaft (um 50,6 Prozent) und in der Textilindustrie (um 21,4 Prozent). Gegenüber dem Oktober erhöhte sich im November wesentlich die Anzahl der nichtuntergebrachten Bewerber in der Stein-, Erden- und Tonindustrie um 62,9 Prozent, im Baugewerbe um 61,3 Prozent, in der Gruppe der Tagelöhner um 24,3 Prozent; ein Sinken zeigt sie im Bergbau (um 26 Prozent) und in der Textil-

## Die Filmzensur unter der Lupe.

### Zu dem Verbot des russischen Filmes „Die Mutter“.

Wir haben schon öfters Gelegenheiten gehabt, uns mit der Prager Filmzensur zu befassen, können uns aber nicht entsinnen, daß wir jemals von etwas Gutem zu berichten wußten. Im Gegenteil, diese reaktionäre Einrichtung einer schamhaften und vor der Wahrheit zitternden Gesellschaft von vertrockneten Spießbürgern gab immer nur Anlaß zu Klagen und Beschwörenden. Man braucht es vielleicht nicht einmal besonders zu betonen, daß es in allererster Linie politische Ueberlegungen sind, die den Herren der Filmzensur maßgebend sind, wenn sie ihr Machtwort über diesen oder jenen Film sprechen. Man gab sich der Hoffnung hin, daß ab 1. Jänner dieses Jahres, da die neue Filmzensur, bestehend bloß aus fünf Mitgliedern, ihr Amt antrat, die Praxis der bisherigen eigenmächtigen und unlogischen Filmzensur gründlich geändert würde, aber wir haben schon damals gegweifelt und unsere Zweifel haben sich im Laufe der verfloffenen Wochen auch richtig bestätigt: nicht nur, daß sich an der früher geübten Praxis nichts geändert hat, sie ist nur noch ärger geworden und die Verhältnisse sind heute so weit gediehen, daß die Filmzensur eine gemeinsame Aktion gegen diese eines Kulturstaates unwürdige Institution unternehmen werden.

Es ist ja bekannt, daß z. B. der Film „Die lustige Witwe“ deshalb verboten wurde, weil in dem Film Uniformen zu sehen sind, die denen des Königreiches ÖÖU. ähneln. Um also den beschränkten Staat nicht „der Lächerlichkeit“ preiszugeben, verbot man den Film für die Tschechoslowakei zur selben Zeit, da ihn die jugoslawische Filmzensur ohne Striche freigegeben hat. Dieser Tage verbot die Zensur den Titel des Filmes „Das nackte Weib“, trotzdem das Bühnenstück gleichen Namens von Henry Bataille, das dem Film als Grundlage gedient hat, seit Jahren unbeanstandet über die Bühnen ging. Der Titel mußte in „Das Weib, wie es Gott geschaffen hat“ geändert werden, für selben Zeit, da in einem Prager Theater ein französisches Bühnenstück gegeben wird, das den anziehenden Titel „Drei reizende nackte Mädchen“ führt. Die unmensliche Beschneidung des „Potemkin“-Filmes haben wir seinerzeit schon an den Pranger gestellt und diesmal geschah etwas, was man ruhig als eine Kulturhand bezeichnen kann: man verbot den russischen Film „Die Mutter“ nach dem Roman von Maxim Gorki, einen Film, der anstandslos in Deutschland, Österreich und anderen Ländern über die Leinwand rollt.

Man weiß gar nicht mehr, was man zu dieser neuerlichen Heldentat der hochblöhlischen Filmzensur sagen soll. Im wahren Sinne des Wortes bleibt

einem da der Verstand stehen und man fühlt sich unwillkürlich in die Zeit des dunkelsten Mittelalters zurückversetzt. Wie auch nicht? Was ist an dem Film eigentlich auszufehen? Daß er ein Prachtwerk ist, das in Hinsicht der Regieführung, der inneren Wahrheit der Fabel, des Spieles der beteiligten Personen alles Dagegen in den Schatten stellt? Daß es ein Film des Arbeiters für den Arbeiter ist? Daß in dem Film die Menschen elend zugrunde gehen, aber die Idee der Freiheit jubelnd weiterlebt und in den Bergen der Zukunft einen glänzenden Funken Verstehtens hervorbringt?

Wenn unsere Zensur auch nichts anderes auf dem Reichholz hätte, als daß sie unseren Arbeitern diesen tiefstürzenden Film vorenthalten will, schon deswegen müßten wir ihr den schärfsten Kampf ansagen. Dem „Die Mutter“ ist für den Proletarier geschaffen worden, da nur dieser sie verstehen und innerlich nachfühlen kann. Jedes Arbeiterweib kann einmal — besonders unter den heutigen Verhältnissen — Gorkis Muttergestalt verkörpern, jedem jungen Arbeiterführer kann dasselbe Schicksal blühen wie demjenigen aus diesem Film, der samt seiner Mutter wie ein Stück Vieh elend geschlachtet wird, weil... man weiß die heutige Gesellschaftsordnung nur auf Grund persönlicher Sklaverei möglich ist und der Ruf des Proletariats nach Freiheit die idyllischen Verhältnisse des Heute auf den Kopf stellen würde: die Spießbürger haben Angst davor und hüten sich daher, einen so aufreizenden Film zu zeigen wie es eben „Die Mutter“ von Gorki ist. Was liegt daran, daß es ein Kunstwerk ist? Wenn ihr Filme sehen wollt, seht euch die amerikanischen und sonstigen Kischschachen an, die sich wenigstens nicht gefährlich und können euch höchstens verdummern, nie aber euer Klassenbewußtsein stärken und in euch die Sehnsucht erwecken nach etwas, was euch eben nicht gebührt!

„Die Mutter“, von der Meschrapom-Ruf in Moskau unter der Regie von S. Pudowkin hergestellt, stellt einen der besten Filme dar, der jemals gedreht worden ist. Die zehnjährige und genial einfach arbeitende Regie ist ebenbürtig der Eisensteins im „Potemkin“ und schafft ein Bildwerk von erschütternder Wirkung und ungeahnter künstlerischer Schönheit, sowohl in der Typisierung der Darsteller, als auch in der Wahl des Milieus und der Aufnahmen (Photographie A. Golownj). Ein Film, den jeder Proletarier gesehen haben muß: er ist aus seinem Leben für ihn geschaffen worden und er hat daher ein heiliges Recht, das Bildwerk zu sehen und aus ihm diejenige Lehre zu ziehen, die der Film eben zu geben hat. Argus.

industrialie (um 31 Prozent). Gegenüber dem November erhöhte sich im Dezember wesentlich die Anzahl der nichtuntergebrachten Bewerber in der Stein-, Erden- und Tonindustrie um 54,4 Prozent, im Baugewerbe um 101,3 Prozent, in der Gruppe der Tagelöhner um 34,8 Prozent; sie sank in der Gruppe der Hausdienstmädchen um 21,5 Prozent. Die Anzahl der im Wege der Gewerkschaften unterstützten Arbeitslosen (mit staatlichem Beitrag und ohne diesen) betrug im Oktober 35.948, im November 29.020 und im Dezember 29.295 Personen. Bewerber gab es, einschließlich des Restes vom Vormonat, 139.114 im Oktober (130.995 im November, 116.657 im Dezember), angemeldet wurden 85.450 (57.717, 38.022) Stellen, davon wurden 63.785 (41.222, 24.608) besetzt. Es entfallen daher auf 100 Bewerber 40,1 (31,5, 21,1) besetzte Stellen. Im Oktober wurden 424 (im November 443, im Dezember 264) Bewilligungen zur Ueberstundenarbeit erteilt an 376 (394, 531) Betriebe für 23.359 (28.027, 15.562) Personen, d. i. für 29,9 Prozent (32,7, 34,5) von der Gesamtzahl der in diesen Betrieben beschäftigten Personen. Dadurch wurden 1776 (1722-729) Arbeitsstunden mit einer Gesamtdauer von 1.273.693 (1.244.001, 462.822) Arbeitsstunden neu gewonnen, das sind 159,212 (155.500, 57.853) Arbeitstage. Die durchschnittliche Befassung eines Ueberstundenarbeiters leistenden Arbeiters beträgt im Oktober 32,1, im November 28,7, im Dezember 29,4. Im Dezember gab es 8 (im November 16 und im Oktober 9) Streiks, davon 7 (13, 5) Einzelstreiks und 1 (3, 4) Gruppenstreiks in 9 (40, 39) Betrieben mit 5154 (13.012, 12.069) Beschäftigten, von denen 4253 (3288, 7733) streikten und 88 (111, 881) infolge Streiks nicht arbeiten konnten. Die Streikenden und infolge Streik Feiernden veranfaßten im ganzen: 21.518 (26.173, 54.407) Arbeitstage und hatten einen Lohnentgang von 824.241 (424.840, 1.049.055) Kronen. Im ganzen Jahre 1926 gab es 142 Streiks (im Jahre 1925 im ganzen 286), davon 112 (211) Einzelstreiks und 30 (69) Gruppenstreiks in 574 (818) Betrieben mit 61.475 (186.048) Beschäftigten, von denen 32.825 (135.692) streikten und 1852 (2862) infolge Streiks nicht arbeiten konnten. Die Streikenden veranfaßten im Jahre 1926 im ganzen 347.213 (1.080.960) Arbeitstage und hatten einen Lohnentgang von 9.345.012 (31.339.400) Kronen. Die infolge Streiks Feiernden veranfaßten 43.229 (37.700) Arbeitstage, an Lohn sind ihnen 876.149 (1.178.394) Kronen entgangen. Der Umfang der Streiks ist bis auf die Zahl der infolge Streiks und Ausscherrungen Feiernden im Jahre durchschnittlich durchwegs zwei- bis dreimal kleiner, als im Jahre 1925. Die „Mittelungen“ sind in allen Buchhandlungen für zwei Kronen erhältlich.

### Sind Christen gegen den Achtstundentag?

Der Kampf um die Sicherung des Achtstundentages nimmt in Deutschland jeden Tag an Schärfe zu und berechtigt zur Hoffnung, daß es

die deutsche Regierung nach dem Meinungs-schwung in England und angesichts einer Arbeit-sensibilisierung von 2½ Millionen nicht darauf ankommen läßt, als unverbesserlich und borniert betrachtet zu werden. Zu diesem Zwecke ist es nötig, daß jene Bestimmungen im Regierungsentwurf betreffs Neuregelung der Arbeitszeit fallen, bei deren Aufrechterhaltung jede Neuregelung eine Verewigung neuer Verschlechterungen und eine Verlegung internationaler Uebereinkommen bedeutet: Es soll nicht mehr an 30 Tagen im Jahre bis zu 2 Stunden Ueberarbeit verlangt werden dürfen. Die Möglichkeit soll beseitigt werden, durch Tarifvertrag ganz allgemein eine regelmäßige tägliche Arbeitszeit bis zu 10 Stunden zu vereinbaren. Die Straffreiheit bei Annahme jög. freiwilliger Ueberarbeit muß aufgehoben werden. Auch den Behörden muß die Möglichkeit genommen werden, überall, wo keine Verlängerung der Arbeitszeit durch Tarifvertrag erfolgt ist, diese Verlängerung zuzulassen.

„Nur dann“ — jagt der Berliner Bonowärts — „kann man eine Beendigung des Kampfes um die Arbeitszeit erwarten, wenn der Achtstundentag tatsächlich als normaler Arbeitstag wiederhergestellt ist. Jede andere Lösung ist keine Lösung. Die Gewerkschaften sind entschlossen, diesen Kampf mit allen Mitteln bis zum Ende durchzuführen. Sie sind sich dabei bewußt, daß sie sich nicht nur auf die Arbeiterkassen stützen können, sondern daß sie in diesem Kampfe die gesamte Oeffentlichkeit auf ihrer Seite haben.“

Wichtig ist dabei vor allem auch die Haltung der christlichen Gewerkschaften, die schwanken zwischen den auf den Achtstundentag gerichteten Forderungen ihrer eigenen Mitglieder und einer Rücksichtnahme gegenüber einer erzwungenen Regierung, die bei ihnen weniger ins Gewicht fallen sollte als die große Zahl von christlichen Arbeitern, die in anderen Ländern dank ihrer Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften den Achtstundentag bereits genießen und ohne Zweifel selbst am berührt würden, wenn es ihre Kameraden in Deutschland sind, die durch eine zweideutige Haltung eine Er-rungenschaft international in Gefahr bringen, die eben nur aufrecht erhalten und befestigt werden kann, wenn alle Arbeiter aller Richtungen in dieser Forderung nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch einig sind!

### Deul'enurle.

#### Prager Kurse am 10. März.

Ware	Preis	Ware	Preis
100 holländische Gulden	1349.—	1855.—	
100 Reichsmark	798.—	809.—	
100 Belgas	468.62 1/2	471.62 1/2	
100 Schweizer Franks	648.75	61.75	
1 Pfund Sterling	163.35	164.55	
100 Lire	155.30	156.70	
1 Dollar	33.61 1/2	33.61 1/2	
100 französische Franks	13.90	133.10	
100 Dinar	59.27 1/2	59.77 1/2	
100 Pengas	589.37 1/2	592.37 1/2	
100 polnische Zloty	876.37 1/2	878.87 1/2	
100 Schilling	474.30	477.50	

Erstkl. amerik. Qualitätsschreibmaschine

## SMITH PREMIER



vereintigt sämtliche Errungenschaften aller Markenmaschinen und überragt durch:  
**46 Tasten — 92 Schriftzeichen.**  
**Leichtesten Anschlag. Geräuschlosen Gang.**  
**Auf mäßige Monatsraten**  
 ebenso die beste amerikan. **PORTABLE-**  
 Maschine für Reise und Privatgebrauch.  
 Einfache Umschaltung. — Normale Walze.  
 Vierreihige Tastatur.

**L. & G. HALPHEN**  
 PRAG, Mikulšská 22. Telefon 22305.  
 BRÜNN, Udolní 13. Telefon 4148.

## Kunst und Wissen.

### Miß Chocolate.

(Operetten-Uraufführung in der „Kleinen Bühne“.)

Die modernen Operetten können füglich in zwei Hauptgattungen unterschieden werden: Die einen haben ein unmögliches Textbuch und eine halbwegs wirksame Schlagermusik, die anderen besitzen ein ersttägliches Libretto und sind dafür musikalisch nicht viel wert. Wirklich gute Operetten, die ihrem besseren Zwecke als Kunstgattung dienen wollen und textlich und musikalisch etwas bedeuten, muß man in der recht umfangreichen modernen Operettenliteratur mit der Laterne suchen. Daß Bernhard Grün, der Prager Komponist und Kritiker, eine Veredlung des degenerierten modernen Operettenstiles anstrebt, hat er diesmal schon durch den Titel seiner neuen Operette „Miß Chocolate“ bewiesen, die er anspruchsvoll Lustspiel-Operette nennt. Gegenüber seiner letzten großen Operette „Die Wama vom Ballett“ ist die „Miß Chocolate“ ein tüchtiger Fortschritt. Grün zeigt sich diesmal vor allem als glänzender Meister der Parodie und seinen Charakterisierungskunst und hält in seiner Musik den der Titelpartie des Werkes entsprechenden exotischen Ton ausgezeichnet fest. Die einzelnen Nummern der Operette, unter denen ebenso wirkliche Schlager wie in der Wirkung prächtige Ensembles auffallen, ver-raten durchwegs den gebiegenen Tonsetzer, der nicht nur harmonische, melodische und rhythmische Invention besitzt, sondern auch apart, wirkungsvoll und interessant zu instrumentieren weiß. Mehr Ab-wechslung noch zwischen der überwiegenden geraden und weniger berückelndsten ungeraden Taktart sowie ensemblemäßiger und darum wirksamere Akzente werden dem Komponisten künftig noch mehr Erfolg bringen.

Kein Zweifel jedenfalls, daß in Bernhard Grün ein Operettenkomponist herantreibt, der das Zeug dazu hat, dem Genre Operette neue Impulse zu geben und mit der Wiener Operettenrichtung erfolgreich zu konkurrieren. Das Textbuch zu seiner neuen Operette haben dem Komponisten die Prager Autoren Hans Regina Rad und Rudolf Stadler geschrieben. Ohne besonders neu in der Idee und originell im Detail der Handlung zu sein, ist es doch, — bis auf einzelne überflüssig gedehnte Dialoge, — geschickt konstruiert und wirkungsvoll aufgebaut. Um die Uraufführung des neuen Werkes mochten sich ganz besonders die Damen Glöckner-Kramer und Elise Lord verbündet; erstere gab eine alte erbsliche Verwante mit drastischer Komik und prächtiger Charakteristik, letztere zeigte als „Miß Chocolate“ wieder einmal ihr ganz großes und vielseitiges Können als glänzende Schauspielerin, ausgezeichnete Söngerin und in jeder Bewegung und Geste entscheidende Tanzkünstlerin. In den übrigen Rollen boten das liebreizende Fräulein Boborski, der feste Herr Kober, die Herren Fleischmann und Schipper als drastisch-komische Detektive, Herr Stadler als seitensprunghafter älterer Ehegatte und Herr Ludwig als treue Dienerseele vorzügliche Leistungen. Die musikalische Leitung der Operette beehrte in schonungsvoller Weise Kapellmeister Waigand, die umsichtige Regie führte Dres-stadler. Der Erfolg der Operette war ebenso laut wie herzlich. —ef.

Chantecler (Nationaltheater). Vor unge-fähr zehn Jahren machte Edmond Rostands „Chan-tecler“, Bühnenstück, in Paris ungeheures Auf-sehen, oder war es die sensationelle Nachricht, daß für die ehrscheinenden Hauptrollen-Mostiane 300.000 Kilogramm Bühnenfedern verwendet wurden? War-um nicht gleich auch die Bühnenläufe dazu? Nun, die schische Reueinstudierung schuf eine ins Kos-tümliche überzogene, modernerwartig wirkende wirk-liche schöne Ausstattung, aus der das Reich der Japonia Kronbauerevobas, der podanischen und japanischen Bühne erwacht sei. Man hätte denken können, beson-ders da Capels Inszenierenleben eine stark dramatische Handlung brachte, daß das ältere, gleichsam originel-lere französische Stück, dessen Vorzug es ist, diese Art von Stoff erobert zu haben, wenigstens ein paar Bühnenfedern einbringen würde. Doch nicht bergel-ten geschieht, die Künstlertragödie eines Co-mo-artigen Dahnens ender nach einer herrlich poeti-schen Morgenstimmung und einem an mittelalterliche Ritterturniere erinnernden Bühnenkampf darin, daß er von der Japanin in den Wald entführt, hingerif-

